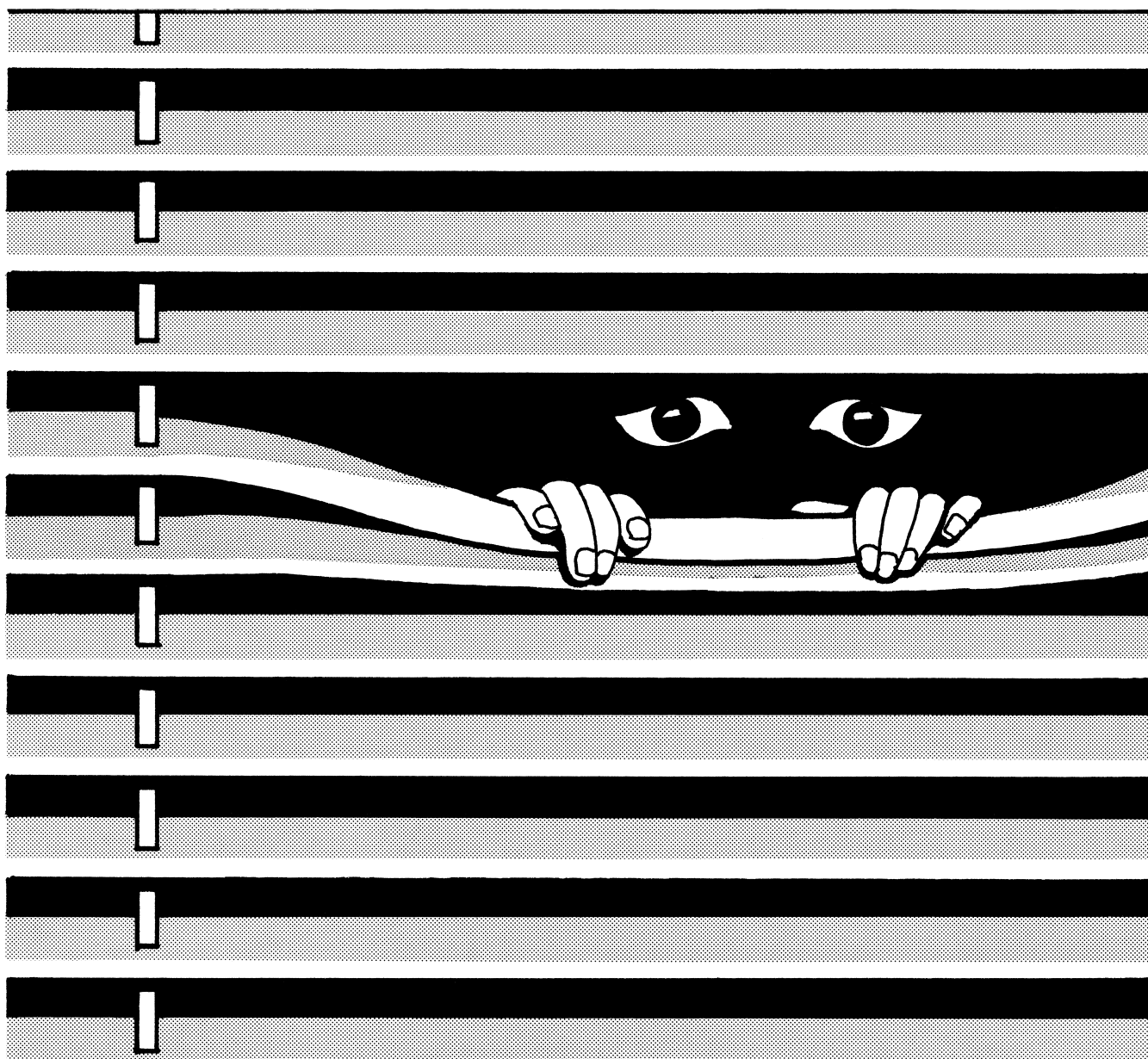




Leben bedeutet mehr als Überleben auch für Armutsbetroffene



NEIN ZUR SOZIALAPARTHEID

Solidarität mit Armutsbetroffenen

In dieser Zeitung der *IG Sozialhilfe* lesen Sie, wie die Invalidenversicherung auf dem Buckel der Schwächsten umgebaut wird und weshalb es in den Niederlanden nach der gleichen Verschärfung dieser Versicherung zum Debakel kam.

Auf Seite 6 erfahren Sie, dass mit dem neuen Paradigma der europäischen Beschäftigungspolitik, dem so genannten *Workfare*, ein rallye-artiges Rennen um Arbeitsplätze lanciert wird, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind, indes die Armutsbetroffenen erst recht in prekäre, von Armut und Krankheit geprägte Lebenslagen versetzt werden.

Im Mittelteil berichten Frauen und Männer, was es heisst, in einem der reichsten Länder der Welt arm zu sein: Die Beiträge handeln von persönlichen Erfahrungen mit der Welt der disziplinierenden Ämtern, den Folgen sexueller Ausbeutung sowie dem kurzen Weg in das Aussen einer entscherten Arbeitsgesellschaft.

Auf Seite 15 lesen Sie das engagierte Plädoyer für einklagbare Sozialrechte von Branka Goldstein, der Gründerin der IG Sozialhilfe: Zu bekämpfen ist die Armut, nicht die einzelnen armutsbetroffenen Subjekte.

*Armut ist versteckt wie auch sichtbar,
Armut lässt verstummen wie auch aufschreien,
Armut macht aggressiv gegen aussen oder innen,
Armut macht krank, Armut tötet.*

Einzelschicksale *und* repressive Sozialstrukturen stehen in dieser Zeitung im Mittelpunkt: Verschaffen wir den Grundrechten wieder vermehrt Geltung! Auch und vor allem den Armutsbetroffenen soll wieder zu ihrem Recht verholfen werden.

Es gibt nur eins: Solidarität mit Armutsbetroffenen!

IG Sozialhilfe

Impressum

IG Sozialhilfe
Postfach
8030 Zürich
Tel. 079 343 66 43

Verantwortlich für die Redaktion:

Branka Goldstein, Zürich
Franz Schibli, St. Gallen

Korrektur:

Yvonne Joos, St. Gallen

Titelbild:

Beatrice Güntensperger, Zürich

Layout:

Peter von Felten, Winterthur

Druck:

Ropress, Zürich
Auflage: 3'500

Zeitungsproduktion:

Herzlichen Dank allen MitarbeiterInnen für die ihre ehrenamtliche solidarische Arbeit.

Copyright:

by IG Sozialhilfe

Inhaltsverzeichnis

- 3 Pierre Heusser: Baustelle Invalidenversicherung: Sparen auf Kosten der Schwächsten
- 4 Kurt Wyss: Der Abgrund der 5. IV-Revision: Der drohende schweizerische Nachvollzug des niederländischen Debakels
- 5 Franz Schibli: Die Radikalisierung des Arbeitszwangs
- 6 Kurt Wyss: Die Workfare-Ideologie: neokonservativ, neoliberal und New Labor
- 8 Anonyme Frau: Du arbeitest **nichts**
Anonyme Frau aus Zürich: Sexuelle Ausbeutung – Machtmissbrauch – Macht – Arm
- 10 Anonymer Mensch: Brief aus Deutschland – Was bedeuten Reformen für schwerstbehinderte SozialhilfeempfängerInnen
Anonyme Famile aus Uster: Himmelschreiende Arroganz
- 11 Patricia Sprenger: Armut trotz Arbeitsplatz – Der Weg nach unten ist kurz und hart
- 13 Anonyme Frau: „Bölle-Köbi“
Anonyme Frau aus Basel: Mein Sturz in die finanzielle Verarmung
- 15 Branka Goldstein: Für einklagbare Sozialrechte: Armut bekämpfen, nicht die Armutsbetroffenen
- 17 Sandra Gamsriegler: Eine psychoanalytische Studie mit SlumbewohnerInnen in Peru
- 18 Beni Müller: Die Kulturlegi Zürich hat nicht nur ein neues Logo
- 19 Branka Goldstein / Beni Müller: Verwirklichung der Menschenrechte auch für Armutsbetroffene: Aus dem Jahresbericht der IG Sozialhilfe 2005
- 20 Matronats- und Patronatskomitee der IG Sozialhilfe

ZeitungsverkäuferInnen gesucht:

Die Zeitungen können zu Fr. 2.50 bezogen und zu Fr. 5.- verkauft werden. Bitte meldet Euch bei:

IG Sozialhilfe
Postfach
8032 Zürich
Tel. 079 343 66 43

Baustelle Invalidenversicherung: Sparen auf Kosten der Schwächsten

Die Invalidenversicherung (IV) ist seit mehreren Jahren hoch defizitär. Im Jahre 2005 betrug das Defizit der IV über 1,7 Milliarden Franken. Insgesamt betragen die Schulden der IV bereits ca. 8 Milliarden Franken. Anstatt dass die Politik der Frage auf den Grund geht, warum es immer mehr IV-RentnerInnen gibt, hat das Parlament wieder einmal einseitig Sparmassnahmen zu Lasten der IV-RentnerInnen beschlossen. Die ArbeitgeberInnen, welche in der Hauptsache dafür verantwortlich sind, dass sich der Druck am Arbeitsplatz immer weiter verstärkt hat und dass es heute keinen Platz mehr gibt für Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen keine 150-prozentige Leistung erbringen können, bleiben wieder einmal verschont.

Das Ziel der fünften IV-Revision, welche nun vom Parlament beschlossen wurde, ist, dass es zu 20 Prozent weniger IV-Renten pro Jahr kommt als bisher. Erreicht soll dies unter anderem dadurch werden, dass das bisherige Einspracheverfahren durch ein formloses Vorbescheidverfahren ersetzt wird. Dadurch erhofft man sich in Bundesbern, dass es zu einem besser verständlichen Verfahren bei den IV-Stellen kommt, und dass sich die GesuchstellerInnen dann eher davon überzeugen lassen, dass sie keinen Rentenanspruch haben. Diese Massnahme wird aber voraussichtlich gar nichts bringen: Das Vorbescheidverfahren gab es schon einmal bis Ende 2003. Es hatte überhaupt keinen Einfluss auf die Erhöhung der IV-Renten. Weit einschneidender sind die beiden weiteren Massnahmen, die beschlossen wurden: so ist das Beschwerdeverfahren nicht mehr kostenlos, sondern die IV-RentnerInnen, welche eine Verfügung anfechten wollen, müssen Verfahrenskosten bezahlen. Dies wird auch teilweise bedeuten, dass ein Kostenvorschuss zu leisten ist, bevor das Gericht überhaupt auf eine Beschwerde eintritt. Die Bezahlung dieses Kostenvorschusses könnte für viele IV-RentnerInnen, die häufig in schlechten finanziellen Verhältnissen leben, zu einem ernsthaften Problem werden. Es ist aber sehr fragwürdig, wenn man jemanden einfach mit drohenden Kosten davon abschrecken

will, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Ein weiteres Problem ist, dass das höchste schweizerische Gericht in Sozialversicherungssachen, das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG), nur noch so genannte Rechtsfragen überprüfen kann, und keine Sachverhaltfragen. Damit wird der Rechtsschutz der betroffenen Personen weiter eingeschränkt, weil nur noch das kantonale Versicherungsgericht umfassend abklärt, wie die medizinische Situation einer/s Gesuchstellers/in ist. Besonders stossend ist, dass diese Änderungen nur für die IV gelten, nicht aber für die anderen Sozialversicherungen. Für diese Erschwerung des Rechtsschutzes für IV-RentnerInnen gibt es keine sachliche Begründung. Wie sinnlos die vorgesehenen Massnahmen sind, zeigt die Tatsache dass nicht etwa nur Behindertenverbände gegen diese 5. IV-Revision sind, sondern auch zum Beispiel die Konferenz der kantonalen Versicherungsgerichte. Auch diese sind der Ansicht, dass diese Revision nichts bringen wird und dass dadurch nicht weniger Arbeitsbelastung auf dem Gerichten lasten wird, sondern eher noch mehr. Es ist deshalb zu hoffen, dass die Behindertenverbände das angedrohte Referendum ergreifen werden, so dass es zu einer Volksabstimmung kommen wird. Die IG Sozialhilfe würde dieses Referendum mit Sicherheit unterstützen.

Zweidrittelsgesellschaft

Zum Schluss muss man sich auch fragen, was eine solche Verschlechterung des Rechtsschutzes bei IV-RentnerInnen für einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben soll. Denn selbst wenn man das Ziel erreichen würde, dass es 20 % weniger IV-RentnerInnen gibt, selbst dann würden diese Personen, die nun keine IV-Rente mehr erhalten, ja nicht einfach alle eine Arbeitsstelle finden. Der Arbeitsmarkt wird sich in absehbarer Zeit ja nicht verändern, sondern man muss vielmehr damit rechnen, dass die Arbeitsbedingungen in Zukunft noch härter werden. Die Folge wird also sein, dass immer mehr gesundheitlich angeschlagene Menschen ohne jegliche Existenzgrundlagen dastehen, ohne Er-

werbsarbeit, aber auch ohne Leistungen der Invalidenversicherung. Für diese Personen bleibt dann nur noch der Gang zur Sozialhilfe. Mit anderen Worten: Die 5. IV-Revision zielt hauptsächlich darauf, noch mehr Personen von der IV weg und hin zur Sozialhilfe zu verschieben. Damit kann der Bund zwar Geld sparen, dafür werden aber die Gemeinden, die für die Sozialhilfe zuständig sind, stärker belastet. Für die betroffenen Personen bedeutet dies, dass sie auf dem absoluten Existenzminimum leben müssen und dass sie an den Diskriminierungen leiden müssen, welche für SozialhilfeempfängerInnen heute leider häufig noch bestehen. Auch volkswirtschaftlich betrachtet ist diese Tendenz hin zur Sozialhilfe überhaupt nicht sinnvoll, zeigt doch die Statistik, dass die SozialhilfeempfängerInnen nur sehr schwer wieder in einem geregelten Arbeitsalltag zurück finden.

Wenn sich der Trend der letzten Jahre bestärkt und die Sozialversicherungen auf allen Ebenen weiter so abgebaut werden wie bisher, dann droht der Schweiz eine so genannte Zweidrittelsgesellschaft, wie man sie aus den USA kennt, wo noch Zweidrittel der Bevölkerung im Erwerbsleben stehen und ein vernünftiges Einkommen erzielen können, während ein Drittel der Bevölkerung nur noch am Existenzminimum von der Sozialhilfe lebt. Die Sozialhilfekosten werden explodieren und als Konsequenz dazu steht die nächste Forderung schon im Raum: Bereits wurde in Zeitungsartikeln die Frage aufgeworfen, ob es denn wirklich notwendig sei, dass man allen Personen Sozialhilfe gewähre. Schliesslich gebe es in den Grossstädten anderer Länder ja auch eine grosse Zahl von Obdachlosen, welche keine staatliche Unterstützung erhalten und den Staat überhaupt nichts mehr koste. Damit dieses Schreckensszenario nicht Realität wird, ist es wichtig, dass in der Schweiz die Sozialversicherungen und insbesondere die IV zumindest auf dem heutigen Stand behalten werden können, damit die Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten, trotzdem ein menschenwürdiges Leben führen können. *Pierre Heusser*

Der Abgrund der 5. IV-Revision: Der drohende schweizerische Nachvollzug des niederländischen Debakels

In den Niederlanden wurden vor zehn Jahren genau die gleichen repressiven Massnahmen ergriffen, wie sie gegenwärtig in der Schweiz im Zusammenhang mit der 5. IV-Revision geplant werden.

In den Niederlanden wurde Wim Kok von der sozialdemokratischen Partei („Labour Party“) im Jahr 1994 zum neuen Premierminister gewählt. Kok stellte seine Regierungsarbeit unter den Slogan „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ und intensivierte damit eine Politik, die schon von der christlich-demokratischen Vorgängerregierung unter Ruud Lubbers ab den späten achtziger Jahren voran getrieben worden war. Die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personen sollten mittels Workfare-Massnahmen in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden. Von dieser Politik waren auch die Bezügerinnen und Bezüger der Invalidenversicherung betroffen. Konkret wurde bei der Zusprechung von IV-Renten eine härtere Linie gefahren (mehr Ablehnungen) und auch die bestehenden Renten wurden mittels Neuüberprüfungen einem härteren Regime unterworfen. In den neunziger Jahren wurden in den Niederlanden damit genau diejenigen repressiven Massnahmen ergriffen, wie sie gegenwärtig in der Schweiz im Zusammenhang mit der 5. IV-Revision geplant und teilweise schon im Vorgriff (grössere Ablehnungsraten) umgesetzt worden sind. Es lohnt entsprechend, sich den niederländischen Fall, der in ein eigentliches Debakel mündete, näher anzusehen.

Die niederländische Workfare-Politik in der IV hatte zunächst zur Folge, dass weit weniger Personen eine IV-Rente zugesprochen erhielten, als im internationalen Vergleich üblich, und dass gleichzeitig sehr viel mehr Personen als üblich ihre einmal zugesprochene Rente wieder verloren. Im Jahr 1995 betrug die Austrittsrate aus der Invalidenversicherung in den Niederlanden etwa 7 Prozent, in den meisten anderen europäischen Ländern dagegen lediglich etwa 1 Prozent (OECD 2003: 59). Die ergriffenen Workfare-Massnahmen der Invalidenversicherung führten bis Mitte der

neunziger Jahre zu einem Allzeit-Tief bei den Eintrittsraten und zu einem Allzeit-Hoch bei den Austrittsraten ebenso wie bei den Ablehnungsraten (verweigerte Renten). Es machte damals den Anschein – so wird in der OECD-Studie festgehalten –, als ob die Entwicklung zu einer Erfolgsstory würde: „It seemed then that developments here were going to be a success story.“ (OECD 2003: 74)

Die Erfolgsstory verkehrte sich in der Folgezeit aber relativ rasch in eine Art Albtraum. Nach 1995 kehrten sich die Trends bei Eintritts- und Austrittsraten nämlich wieder um und die Rate der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen der Invalidenversicherung begann – und zwar ausserordentlich stark – wieder anzusteigen. Gemäss den Ausführungen der OECD war die Zahl der Rentengesuche im Jahr 1999 höher als jemals zuvor: „The number of benefit applications was in fact much higher in 1999 than ever before.“ (OECD 2003: 74). Was war geschehen?

Kontraproduktive Wirkungen der Workfare-Massnahmen

Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der repressiven Massnahmen vielen Menschen das Anrecht auf eine IV-Rente verwehrt wurde, die infolge einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung auf eine solche angewiesen gewesen wären. Infolge der Rückweisung waren diese Menschen gezwungen, die Workfare-Mühlen der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe zu durchlaufen, und zwar – infolge ihrer Krankheit oder ihrer Behinderung – ohne jede Chance, wieder eine Stelle zu finden. In dieser Zeit dürfte die Lage dieser Menschen sich sowohl in psychischer als auch in körperlicher Hinsicht eher verschlechtern haben und zwar derart, dass man ihnen nach einer unnötig verlängerten Leidenszeit, in der die Sache nur noch verschlimmert wurde, doch noch eine IV-Rente zusprechen musste. Die in der Mitte der neunziger Jahre in den Niederlanden zu Unrecht zurückgewiesenen Personen mussten – jetzt in einem wesentlich schlechteren Zustand

– Ende der neunziger Jahre von der IV zusätzlich aufgenommen werden und entsprechend drastisch nahmen die Eintrittsraten zu.

Die niederländischen Workfare-Massnahmen in der Invalidenversicherung hatten kontraproduktive Wirkungen, und das wird von niederländischen Wissenschaftlern auch klar so bestätigt: „In the case of (partially) disabled workers, the conclusion that measures taken are ineffective and even counterproductive can be drawn without much reserve.“ (van Oorschot 2002) In der erwähnten OECD-Studie wird im Weiteren darauf hingewiesen, dass die USA unter Ronald Reagan schon in den achtziger Jahren denselben kontraproduktiven Weg wie die Niederlande in den neunziger Jahren gegangen sind (OECD 2003: 60) und auch Norwegen denselben Pfad beschritten hat (OECD 2003: 74).

Das Grundproblem, das jetzt auch mit der in der Schweiz geplanten und teilweise im Vorgriff umgesetzten 5. IV-Revision geschaffen wird, besteht darin, dass die Abweisung von Antragstellenden und die Aufhebung bestehender Renten zwar zu einer „Verschönerung“ der Statistik respektive zu finanziellen Einsparungen bei der IV führt, dass die betroffenen Menschen deswegen aber nicht etwa verschwinden, sondern im Versteckten eine Leidenszeit durchleben und sich früher oder später bei der IV wieder melden müssen, dann aber in einem sehr viel ramponierteren Zustand.

Literaturnachweise

OECD: Transforming Disability into Ability. Policies to Promote Work and Income Security for Disabled People. Paris, 2003.

van Oorschot, Wim: A Critical Review of Dutch Activation Policies and their Outcomes. In: Journal of Social Policy 2002 (31: 3): 399-420.

Kurt Wyss

Die Radikalisierung des Arbeitszwangs

Die neue Ausgabe der Zeitschrift *Widerspruch* befasst sich mit dem Paradigmenwechsel von ‚Welfare‘ (dem Wohlfahrtsstaat) zu ‚Workfare‘ (dem staatlichen Apparat für Arbeitszwang): Arbeit um jeden Preis zu jedem Preis beherrscht gegenwärtig die Beschäftigungspolitik aller Parteien.

Doch zunächst ein paar klärende Zahlen, wie es wirklich um unsere Arbeitsgesellschaft steht: Ueli Mäder führt unter dem bemerkenswerten Zwischentitel ‚Integration durch Ausschluss‘ ein paar Zahlen auf, welche die Prekarität der schweizerischen Arbeitswelt illustrieren: Neben 300'000 SozialhilfebezüglerInnen gibt es 200'000 ordentliche Erwerbslose, 300'000 IV-BezüglerInnen und monatlich 3'500 neue Ausgesteuerte; die Working poor-Haushalte werden auf über 200'000 geschätzt. Mäder meint dazu: „Was tun, wenn der Markt nicht mitmacht? Soll dann die öffentliche Hand billige Arbeit oder Arbeitslose finanzieren? Letzteres tut sie ohnehin. Allerdings ohne Gewinnbeteiligung. Im Jahr 2005 erhöhten die Schweizer Firmen ihre Profite um 18 Prozent auf 60 Milliarden Franken.“

Genau dieser Sachverhalt wird aus unterschiedlichen Perspektiven in den einzelnen Artikeln beleuchtet. Unter dem Titel „Entsicherte Arbeitsgesellschaft“ referiert Klaus Dörre aus sozialwissenschaftlicher Sicht die drei Zonen der gegenwärtigen Beschäftigungspolitik. Auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens wird vor allem mit der Angst der Menschen gearbeitet, von der Zone der Integration (gesicherte Beschäftigung) in die Zone der Prekarität (temporäre Beschäftigung) oder noch schlimmer in die Zone der Entkopplung (abgehängte Beschäftigung) zu fallen: „Wenngleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur kleine Minderheiten sind, wirkt ihre blosse Präsenz disziplinierend auf die Stammebelegschaft“. Und dies wohlverstanden meistens mit staatlicher Förderung und Disziplinierung: Wer die zumutbare Arbeit nicht annimmt, dem wird das Arbeitslosengeld bzw. die Sozialhilfe gekürzt oder gänzlich gestrichen.

Kurt Wyss, Autor der IG-Sozialhilfe-Zeitung, zeichnet in nicht zu überbietender Klarheit nach, wie in der jüngsten Revision der SKOS-Richtlinien (d.h. des Regelungskatalogs der schweizerischen Sozialhilfe) die zur Pflicht erklärte ‚Arbeit‘ (‚work‘) ins Zentrum der ‚Wohlfahrt‘ (‚Welfare‘) gerückt und dadurch das Fürsorgeparadigma (als ‚Welfare to work‘ oder ‚Workfare‘) komplett in sein Gegenteil verkehrt wurde.

Die Programme, die vor allem von sozialdemokratischer und grüner Seite propagiert werden, heissen hierzulande dann schönfärberisch ‚Arbeit statt Fürsorge‘, ‚Teillohnjobs‘ oder Sozialfirmen. Für Wyss steht fest, dass ‚Workfare‘ nicht der Armutsbekämpfung, sondern der Verschleierung und Verstärkung wachsender Armut dient (vgl. auch die Artikel von Kurt Wyss in dieser Zeitung).

Integration durch Disziplinierung

Aktivierung als Königsweg zur Integration steht im Zentrum des Beitrags von Eva Nadai. Die Beschäftigungspolitik der Schweiz ist durch einen Konformitätstest gekennzeichnet: Sind die Erwerblosen und SozialhilfebezüglerInnen arbeitswillig oder nicht? Auf diese Weise werden sozioökonomische Probleme auf das Verhalten des Individuums abgewälzt und demzufolge individualisiert: „Was den Arbeitslosen in diesen Programmen letztlich vermittelt wird, ist die Norm des unternehmerischen Selbst, das in jedem Moment die volle Verantwortung für sein eigenes Handeln zu tragen hat.“

Eine brisante Feststellung liefert Franz Segbers, indem er nachweist, dass derartige Arbeitsprogramme im Sinne der Workfare-Ideologie den Gesetzesartikeln der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) widersprechen. Bereits 1985 (!) habe ein Expertenausschuss der ILO die Praxis deutscher Sozialämter, Sozialhilfe empfangende AsylbewerberInnen zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten, als „nicht mit den Bestimmungen zum Verbot der Zwangsarbeit vereinbar“, bezeichnet. In diesem Zusammenhang wäre die Frage interessant, ob

die Gewerkschaft UNIA sich bemüht, mittels der ILO-Bestimmungen die staatliche Arbeitsmarktintegration um jeden Preis und zu jedem Preis in der Schweiz juristisch anzufechten.

Zu bemängeln ist bei zahlreichen Beiträgen dieser *Widerspruch*-Nummer die fehlende Eindeutigkeit, sich gegen derartige Workfare-Programme abzugrenzen. Zudem wird der mit der Workfare-Ideologie korrelative Ausbau des Sicherheitsstaates (Null-Toleranz-Ideologie) kaum thematisiert. Roland Atzmüller, der die Arbeitsmarktpolitik nach dem Thatcherismus kritisiert, hält am Schluss dennoch fest: „Welfare-to-work verspricht in diesem Kontext, die Underclass nicht nur zu disziplinieren, sondern auch zu integrieren.“

Eine so verstandene Integration ist also weit mehr als nur eine Disziplinierung: Das Surplus der Disziplinierung führt Atzmüller allerdings nicht aus. Auch der Gewerkschafter Andreas Rieger, der sich mit den 1'000-Franken-Jobs der grünen Stadträtin Monika Stocker auseinandersetzt, spricht sich letztlich für derartige Lösungen von Teillohnjobs in Sozialfirmen aus, solange sie den ersten Arbeitsmarkt nicht konkurrenzieren und von gewerkschaftlicher und gewerblicher Seite begleitet werden. Es ist unverständlich, weshalb die Gewerkschaften keine grundlegende Kritik an der Workfare-Ideologie üben. Und so erstaunt es auch, dass Eva Nadai den aktiven Subjekten, sprich den ‚Abgehängten‘, nur ein Mitsprache- und kein Mitscheidungsrecht in bezug auf die Ziele und Mittel ihrer beruflichen Integration zubilligen will.

Trotz dieser Kritik lohnt es sich, eine ernsthafte Auseinandersetzung über die entsicherte Arbeitsgesellschaft in der Schweiz zu führen: Die Beiträge der Zeitschrift *Widerspruch* und der IG-Sozialhilfe-Zeitung sind ein beherzter Anfang.

Franz Schibli

Widerspruch 49: Prekäre Arbeitsgesellschaft. 232 Seiten, Fr. 25.-, im Buchhandel zu beziehen.

Die Workfare-Ideologie: neokonservativ, neoliberal und New Labour

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die drei zentralen, die *Workfare*-Ideologie bestimmenden Unterstellungen gegenüber Armutsbetroffenen sowie die daraus abgeleiteten, den Armutsbetroffenen zugemuteten *Workfare*-Massnahmen. Die *Workfare*-Ideologie wird - so die mit der Übersicht verknüpfte Hypothese - von drei politischen Richtungen gemeinsam befürwortend gestützt, nämlich von den Neokonservativen, den Neoliberalen und von *New Labour*. Es handelt sich dabei um diejenigen politischen Richtungen, die den entfesselten Kapitalismus - in dessen Dienst *Workfare* auch wieder eingeführt worden ist - gemeinsam befördern.

Die empirische Forschung zu *Workfare* zeigt, dass es sich bei jeder der die *Workfare*-Ideologie charakterisierenden Hypothesen tatsächlich um reine Unterstellungen handelt, das heisst um absichtsvoll falsch gestreute Behauptungen über die Armutsbetroffenen. Ihre empirische Prüfung führt rasch zur Entlarvung. Die empirische Forschung zeigt ebenfalls, dass die aus der Ideologie abgeleiteten *Workfare*-Massnahmen die versprochenen Wirkungen genau nicht erreichen, sondern vielmehr das Gegenteil der Fall ist. Das mit *Workfare* lancierte Rennen um Arbeitsplätze, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind, versetzt die Ar-

mutsbetroffenen erst recht in prekäre, von Armut und Krankheit geprägte Lebenslagen.

(a) Die neokonservativen Befürworter von *Workfare* unterstellen unablässig, dass die ausgerichteten Sozialleistungen zu Passivität, Faulheit und moralischem Verfall animierten mit der Folge, dass die Unterstützten in eine eigentliche „Armutsfalle“ gelockt würden, woraus sie sich nicht mehr befreien könnten. Aus diesem Grund müssten - so die neokonservative Ideologie (vgl. z.B. Murray 1984) - sämtliche Sozialleistungen gestrichen werden. Nur so wäre es zu schaffen, dass die Armutsbetroffenen wieder zu einem „richtigen“ Familien- und einem „richtigen“ Arbeitsleben geführt werden könnten.

Empirische Untersuchungen zeigen nun aber, dass die Unterstellung einer „Armutsfalle“ generell nicht haltbar ist (vgl. Gebauer et al. 2002). Tatsächlich unternehmen nämlich auch die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfeleistungen alles, um wieder aus der Sozialhilfe heraus zu kommen, und sie kommen häufig - und zwar unter Inkaufnahme prekärster Lebensbedingungen - relativ schnell auch wieder heraus. Die Mehrheit der Unterstützten verlässt die Sozialhilfe innerhalb eines Jahres wieder. Zudem verzichtet die Mehrheit aller von Armut betroffenen Menschen überhaupt

darauf, sich in die angebliche „soziale Hängematte“ der Sozialhilfe überhaupt zu begeben. Dem - wie es die Neokonservativen böseartig bezeichnen - „Fehl-anreiz“ der Sozialhilfe folgt in Wirklichkeit niemand einfach so. Und lange Zeit haben die Sozialämter sich auch darüber beklagt, dass viele Armutsbetroffene - wenn überhaupt - jeweils viel zu spät kämen (heute, unter dem Einfluss des neokonservativen Boulevards, sind diese Stimmen freilich verstummt respektive zum Verstummen gebracht worden). Werden die Sozialleistungen nun aber - wie von den Neokonservativen gefordert - gekürzt/gestrichen und die Menschen, wie es in den USA der Fall ist, vorzeitig aus dem Sozialregime hinaus geworfen, dann führt das - und auch dieses ist für Wisconsin (USA) empirisch belegt (vgl. Cancian et al. 2003) - genau nicht dazu, dass die Betroffenen wieder „richtig“ arbeiten oder „richtig“ leben, sondern ganz im Gegenteil: In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle vegetieren die von den Sozialleistungen Ausgeschlossenen richtiggehend dahin, sind auf Suppenküchen und Lebensmittelpakete angewiesen, müssen ihre Wohnung mehrfach belegen, damit sie sie noch bezahlen können, verlieren diese auch häufig und sind gezwungen - wenn sie Jobs überhaupt finden -, von einem unterbezahlten Gelegenheitsjob zum andern zu

	<i>Workfare</i> -Ideologie	→	aus der <i>Workfare</i> -Ideologie abgeleitete <i>Workfare</i> -Massnahmen
a)	Neokonservative Unterstellung einer "Armutsfalle": <i>"SozialhilfebezügerInnen sind passiv und faul und leben in einer sozialen Hängematte. Sie geraten wegen der Sozialleistungen ('falsche Anreize') in die Armutsfalle und kommen nicht mehr heraus."</i>	→	Neokonservative Forderung des generellen Streichens von Sozialleistungen: <i>"Es sollen möglichst viele Sozialleistungen gestrichen werden, damit die Armutsbetroffenen wieder gezwungen werden, 'richtig' zu arbeiten, ein 'richtiges' Familienleben zu haben und überhaupt 'richtig' zu leben."</i>
b)	Neoliberale Unterstellung einer "Stufenleiter zur Eigenständigkeit": <i>"Man muss die SozialhilfebezügerInnen für das Sozialhilfegeld zur Arbeit zwingen; auf diese Weise werden sie sich wieder zu einem eigenständigen Leben hocharbeiten."</i>	→	Neoliberale Forderung nach einer generellen Arbeitsverpflichtung: <i>"Für Personen, die als erwerbsfähig eingestuft sind, sollen Sozialleistungen nur noch bei erbrachten Gegenleistungen (Kurse, Beschäftigungsprogramme usw.) gewährt werden."</i>
c)	"New Labour"-Unterstellung einer "positiven Wohlfahrt": <i>"Wer sich Mühe gibt und sich mit einer positiven Haltung und einem positiven Denken um Jobs bewirbt, wird es auch schaffen."</i>	→	"New Labour"-Forderung nach einem ständigen sich Bewerben- und sich Platzieren-Müssen: <i>"Erwerbslose Personen müssen beständig mit 'Chancen' ausgestattet werden, d.h. dazu verpflichtet werden, sich zu bewerben, an Kursen teilzunehmen und in Sozialfirmen für das Existenzminimum zu arbeiten."</i>

springen (und dies gilt immer auch und in den USA ganz besonders für alleinstehende Frauen mit kleinen Kindern). Zwischen sechzig und achtzig Prozent der aus der Sozialhilfe Verstossenen leben unter der offiziellen Armutsgrenze, dies in einer zumeist schlechten gesundheitlichen Verfassung und ohne Krankenversicherung. Von so etwas wie einem - von den Neokonservativen mit ihren Streichungsforderungen ja angestrebten - „richtigen“ Familien- oder Arbeitsleben kann keine Rede sein.

(b) Die neoliberalen Befürworter von *Workfare* unterstellen, dass auch BezügerInnen von Sozialhilfeleistungen zur Arbeit verpflichtet werden müssten, weil sie nur so wieder zu Eigenständigkeit oder Eigenverantwortlichkeit zurückfinden könnten (vgl. z.B. Mead 1986). Werden konkrete *Workfare*-Beschäftigungsprogramme nun aber empirisch untersucht (vgl. Piliavin et al. 2003), dann zeigt sich, dass die Programme mit Selbstverantwortung und Eigenständigkeit praktisch nichts, sehr viel jedoch mit Sanktionierungen und Stigmatisierungen zu tun haben (mal abgesehen davon, dass die Betroffenen nach Ablauf der Programme zumeist noch schlechter dastehen als zuvor). Die Betroffenen haben unter einem absolut rigiden Kontrollsystem für einen Lohn voll zu arbeiten, der weit unter einer korrekten Entlohnung liegt und das Existenzminimum zumeist nicht deckt. In aller Regel sind die Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte prekär, um nicht zu sagen katastrophal. Die in den Programmen in der Regel eingebauten Stufenleitern werden kaum dazu benützt, die Teilnehmenden „eigenständiger“ werden zu lassen, sondern vielmehr dazu, einerseits die unabhängig von den Bedürfnissen der Teilnehmenden programmierten Plätze zu füllen, andererseits die *Workfare*-Betroffenen gegeneinander auszuspielen. In der Regel kommt es innerhalb der Programmstufen genau so häufig zu „Abstiegen“ wie zu „Aufstiegen“. Und einen satten Gewinn fahren dabei einzig die die Programme durchführenden Agenturen respektive ManagerInnen ein. Da die Betroffenen bei einem Ausstieg aus den zur Pflicht gemachten Schulungs- und Beschäftigungsprogrammen die Unterstützungsleistungen teilweise oder ganz verlieren und dann also erst recht vor einem Fiasko stehen,

müssen sie sogar noch - und das ist das Teuflische an *Workfare* - froh darum sein, dabei „mitmachen“ zu dürfen.

(c) Die „New Labour“-Ideologie von *Workfare* basiert auf der Unterstellung, dass die oder der einzelne Armutsbetroffene nur positiv denken und überall brav mitmachen müsse, um sich aus ihrer oder seiner misslichen Lage befreien zu können. Gerade die Globalisierung biete - so die „New Labour“-Ideologie - in erster Linie ja „Chancen“, und die „positive Wohlfahrt“ habe darin zu bestehen, die Armutsbetroffenen immer wieder in Lagen zu zwingen, die ihnen „Chancen“ eröffneten (vgl. z.B. Giddens 1997). Genauso wurde bei den Zürcher Modellprojekten zu *Workfare* ja auch von einem sogenannten „Chancenmodell“ gesprochen.

Die empirische Forschung zeigt nun aber, dass den ArbeitgeberInnen eine noch so positive Haltung völlig schnuppe ist, solange die eingestellte Arbeitskraft nicht einerseits billig, andererseits aufs höchste belastbar ist (vgl. z.B. Ehrenreich 2001; Wilson 2003). Personen, die durch irgendwelche von den ArbeitgeberInnen gehegte Vorurteile stigmatisiert werden (Menschen mit Behinderung, Menschen mit einer bestimmten Vorgeschichte wie z.B. Sozialhilfebezug, Menschen mit einem Gerechtigkeitswille usw.), haben auf dem Arbeitsmarkt - und da können sie sich noch so „positiv“ geben - so gut wie keine Chance. Gleichwohl wird von offizieller Seite mit „Chancenmodellen“ oder Sprüchen wie „Eingliederung vor Rente“ (5. IV-Revision) operiert, daran vorbei sehend, dass die entfesselte Ökonomie an den Betroffenen gar nicht oder bestenfalls als schnell wieder zu entlassende BilligstlohnarbeiterInnen interessiert ist. Bruno Gehrig (Präsident der Swiss Life / Vizepräsident der Roche usw.; Jahreslöhne im mehrstelligen Millionenbereich), der das neuste Projekt des Sozialdepartements der Stadt Zürich (Mc-, 1000Fr.- oder auch Teillohnjobs) an einer öffentlichen Veranstaltung kommentierte, stellt zur Frage nach der „Bereitschaft der Wirtschaft“, beim Projekt mitzumachen, lapidar fest: „Grundsätzlich ist der Wille zum Engagement da. Wichtig ist, dass man von Anfang an partnerschaftlich vorgeht: Die Gewerkschaften sollen aufhören, bei allem, was unter dem Mindestlohn liegt, Zeter und

Mordio zu schreien.“ (Bruno Gehrig, Tages-Anzeiger vom 6.10. 2005) In der NZZ wird angemerkt: „Gehrig ist überzeugt, dass sich die meisten Firmen nur auf solche Arrangements einlassen, wenn sie auf die professionelle Unterstützung der Sozialbehörden zählen und die Arbeitsverhältnisse unkompliziert beenden können.“ (NZZ vom 7.10. 2005). „Aber natürlich, Herr Gehrig, in Zürich können Sie mit einer 'professionellen Unterstützung der Sozialbehörden' rechnen: Sie werden 'die Arbeitsverhältnisse' nicht nur nach Belieben beenden können, sondern die Löhne werden von staatlicher Seite auch noch subventioniert. Ihr Unternehmen braucht also nicht mal mehr den ganzen Lohn zu bezahlen. Und im Folgejahr können Sie selber ihr vielfaches Millionensalär locker nochmals 'aufstockern'.“

Kurt Wyss

Literaturnachweise

- Cancian, Maria; Haveman, Robert; Meyer, Daniel C.; Wolfe, Barbara: The Employment, Earnings, and Income of Single Mothers in Wisconsin Who Left Cash Assistance: Comparisons among Three Cohorts. Institute for Research on Poverty. University of Wisconsin, Madison. January 2003 (www.ssc.wisc.edu/irp/).
- Ehrenreich, Barbara: Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. Aus dem Amerikanischen von Nils Kadritzke. München 2001: Verlag Antje Kunstmann.
- Gebauer, Ronald; Petschauer, Hanna; Vobruba, Georg: Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt. Berlin 2002: edition sigma.
- Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt a.M. 1997: Suhrkamp.
- Mead, Lawrence: Beyond Entitlement. The Social Obligations of Citizenship. New York 1986: The Free Press.
- Murray, Charles: Losing Ground: American Social Policy 1950 - 1980. New York 1984: Basic Books.
- Piliavin, Irving; Dworsky, Amy; Courtney, Mark E.: What happens to Families under W-2 in Milwaukee County, Wisconsin? Report from Wave 2 of the Milwaukee TANF Applicant Study. Chapin Hall Center for Children at the University of Chicago and Institute for Research on Poverty, University of Wisconsin, Madison. September 2003 (www.ssc.wisc.edu/irp/).
- Wilson, Alastair: 'Real Jobs', 'Learning Difficulties' and Supported Employment. In: Disability & Society 2003 (18: 2): 99-115.

Du arbeitest nichts

Als ich fragte, warum ich kein Geld käme, antwortete der Amtsmensch, du arbeitest nichts. Ich wusste, dass es schwer würde, nichts zu finden, um es oder ihn zu fragen, dass er oder es mir eine Bestätigung schreibe.... und dann käme es, das Geld, vom Amt.

Ich war dauernd da, half andern und damit mir selbst, und das ist ja nicht nichts. Ich hatte also gearbeitet. Ich hatte ja Zeit. Ich bin kein Mörder und schlage deshalb die Zeit nicht tot. Ich tat sehr viel. Ich wusste vorher nur nicht, dass es eine schriftliche Bestätigung von nichts brauchte. Also suchte ich jahrelang nach dem Nichts, damit es mir es bestätigte, dass ich für es gearbeitet hätte, vielleicht ohne es zu merken.

Ich fragte all meine Freunde und Kin-

der und die mit leer gefressenen Töpfen belagerte Küche, ob sie das Nichts seien, meine unverkauften Bilder und Gedichte, meine Lieder und Kämpfe, selbst die Katzen und Blumenstöcke fragte ich, ob sie etwa nichts seien. Immer am Abend dachte ich, morgen finde ich das oder den Nichts. Und es war jeden Tag wieder Arbeit da, genauso, wie ich jeden Tag aufwachte.

Aber nichts hatte wie alle Bosse nie Zeit, mir für das Amt zu bestätigen, dass ich für nichts arbeitete. Denn er oder es war nicht auffindbar.

Ich sagte dem Amt, es geht mir so: Ich möchte eigentlich nicht mehr für nichts arbeiten; meine Freunde haben alle ökonomische Probleme, sind aber nicht nichts, nicht mal die Blumentöpfe sind

nichts. Auch ich bin nicht nichts, das findet man beim Denken heraus.... Es sei noch schwieriger, das Nichts zu kontaktieren als den lieben Gott.

Das Amt meinte daraufhin sogar schriftlich, das sei sowieso Schwarzarbeit.

Eigentlich möchte ich wie alle Menschen nur nicht, dass das Nichts in meinem Portemonnaie seinen Stammplatz hat.

Jetzt habe ich das oder den Nichts endlich gefunden. Und dass es oder er dort steckt, liegt daran, dass nichts unmöglich ist.

Das sollte uns eigentlich genügen, kritisch über die (Eigendummheiten der) Wohlhabenden nachzudenken.

Aber von nichts kommt nichts.

Anonyme Frau, Basel

Sexuelle Ausbeutung – Machtmissbrauch – Macht – Arm

Sie glauben es wohl nicht, dass ich nicht mehr leistungsfähig bin? Klar, man sieht es mir auch nicht an. Ich bin eine hübsche, gepflegte Frau, wirke nicht verwahrlost und doch bin ich arm, lebte oft unter dem Existenzminimum. Wissen Sie, was es bedeutet, mit der lähmenden, aufreibenden Existenzangst leben zu müssen? Können Sie mitfühlen?

Dies braucht zusätzliche Lebenskraft zur Lohnarbeit, Hausarbeit und Erziehungsarbeit. Ja, Sie sehen es recht, ich bin eine allein erziehende Mutter. Diese Existenzangst wird noch schwerwiegender durch die alleinige Verantwortung dem geliebtem Kind gegenüber, es wirklich gut zu machen. Nichtbetroffene können diese Doppelbelastung oft nicht einschätzen.

Selbst Mütter und Väter mit intakten Familien verniedlichen die Problematik von Alleinerziehenden und reagieren oft eifersüchtig, weil sie mich um meine Freiheit beneiden. Zugegeben, es hat Vorteile, nicht von einem Mann fremdbestimmt zu werden, Gehorsam üben zu müssen und die Fadheit des erloschenen Liebestraumes erdulden zu müssen. Aber der Preis der Ehrlichkeit zu sich

selbst ist hoch! Sie können jetzt einwenden, dies sei mein eigener Entscheid, jeder sei seines Glückes Schmied. Für mich gab es aber gar keinen anderen Weg, denn ich bin ein gebranntes Kind.

Mein Vater hat mich über 10 Jahre sexuell missbraucht. Auch mit meiner Mutter ging er lieblos, achtungslos und in befehlendem Ton um, was kein Vorbild war. Nein, nein, er ist nicht einer von der brutalen, prügelnden und schreienden Sorte. Er ist ein intellektueller, gebildeter, reicher und angesehener Industriemanager und Anthroposoph noch dazu! Seine Doppelbödigkeit in allen Lebensbereichen vermittelte mir schon als Kleinkind Wirrnis, Vertrauensmissbrauch und Heimatlosigkeit. Echt, Sie sehen da keinen Zusammenhang mit meiner Leistungsschwäche in dieser auf nackte Leistung getrimmten Gesellschaft? Sehen Sie nicht den seelischen Kraftaufwand, den ich als kleines Mädchen zu leisten hatte, um einigermaßen zu überleben, meine Integrität zu schützen? Das war schon damals eine völlige Überforderung und es ging über meine Kräfte, da ich alleine gelassen wurde. Ich suchte so sehr den beschützenden, starken Vater und wurde von demjeni-

gen, der diese Rolle hätte ausfüllen sollen, auf so schändliche Art missbraucht und ausgebeutet, sowohl seelisch als auch körperlich. Als ich mich mit 15 Jahren gegen ihn wehrte, engte er mich mit Vorschriften, Massnahmen und Verboten ein. Er wollte mich wenigstens so besitzen. Meine ganze Kraft, Kreativität und Begabung gingen drauf im Widerstand gegen ihn, um mich zu schützen. Ich wollte meinen Vater umbringen, um verzweifelt aus diesem Gefängnis zu entkommen, denn nur noch nackte Leistung und Gehorsam zählten für ihn. Zum Glück klappte es nicht, es wäre verheerend gewesen. Erst mit 35 Jahren, als ich mitten im Leben stand, begannen diese Schreckensbilder wieder zu erwachen. Zuvor hatte ich alles verdrängt, wollte mir beweisen, dass ich tapfer, mutig, stark und leistungsfähig bin.

Können sie die Tragweite der Verletzung des seelisch-körperlichen Inzestes verstehen? Für mich stand nur noch die Überlebensebene des Reagierens offen: Aggression - Flucht - Depression. Dieser Weg war kein frei gewählter, sondern der des Vertrieben-werdens!

Ich habe meine geliebte Lehre ein Jahr

vor dem Abschluss abgebrochen, trotz meiner Begabung, um schnellst möglich abzuhaufen, weil ich diese moralische, mit Verboten bespickte Erniedrigung vom machtübergreifenden Vater, diese Verstümmelung, nicht mehr ertrug. Dazu kamen Verurteilungen und Schuldzuweisungen seitens der etablierten Erwachsenen meines Umfeldes. Ich fühlte mich elend, alleingelassen und kämpfte mit Depressionen und Selbstmordgedanken.

Na, so ging es dann gesellschaftlich und wirtschaftlich gesehen bachab mit mir. Ich hatte kein Nest mehr und fühlte mich wie ein Stück Holz auf dem stürmischen Meer. Eine Tochter aus „sehr gutem Hause“, dazu nicht drogensüchtig, verelendete völlig: Meine wenigen Habseligkeiten stellte ich im Schliessfach im Hauptbahnhof ein, bettelte und musste oft draussen schlafen, wenn ich nicht rechtzeitig einen Platz bei Freunden für eine Nacht gefunden hatte. Ich litt unter Skorbut, war eine illegalisierte Schweizerin, weil ich nirgends amtlich angemeldet war, und empfand mein Leben als so sinnlos, dass ich mich umbringen wollte.

Die grosse Wende, meine Rettung war die Tatsache, dass ich Mutter wurde. Ich lernte für uns beide Verantwortung zu tragen, denn ich liebe und liebte mein Kind. Es hat das Recht, umsorgt zu sein, beschützt und gefördert zu werden. Alles, was ich so bitterlich entbehrt hatte, nämlich um meiner Selbst willen geliebt und geachtet zu werden, habe ich ihm gegeben. Durch mein eigenes Kindheits-trauma war für mich vorbestimmt, dass eine Kleinfamilie mit Vater, Mutter und Kind für mich nicht aushaltbar war: Da bin ich zu hellhörig für die kleinsten Machtübergriffe der Männer, Besitzansprüche und Ehrverletzungen ihrerseits,

die keine Ehrlichkeit, Liebe und Eigenständigkeit zulassen. So wurde klar, dass ich alleine mit meinem Kind leben würde.

Na ja, so wurde ich allein erziehende Mutter und kam damit nochmals auf die Welt. Ich hätte es mir zuvor nie vorstellen können, wie viel Kraft, Disziplin und Armut diese Situation von mir abverlangen würde. Lange versuchte ich mich selbst zu täuschen, lächelte über das Schlagwort Doppelbelastung und war überzeugt: Das schaffe ich schon! Die Reserven wurden aufgebraucht. Weder als Mutter, noch als Angestellte konnte ich mich voll einsetzen. Immer mehr Frust, Stress und Minderwertigkeitsgefühle belasteten mich. Durch die schlecht bezahlten Teilzeitstellen, öfteren Jobwechsel und zwischendurch kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit, war ich finanziell derart ein Tiefflieger, dass ich manchmal gezwungen war, Essen zu stehlen. Das ist beschämend! Trotz vollem Einsatz so arm zu sein, dies machte mich zusehends auflehnd wütend!

Ich wurde wieder alleine gelassen, litt zusehends an Existenzangst und befürchtete, dass ich unter dieser Last zusammenbrechen würde. Es kam soweit, dass ich mich mit Amphetaminen aufputschen musste, um überhaupt noch mein Arbeitspensum erfüllen zu können. Über Jahre hinweg ist der völlige Zusammenbruch so vorbestimmt. Mir wurde bewusst, dass Stress krank macht und doch konnte ich dem Sachzwang nicht ausweichen. Zusehends nahmen aggressive Ausbrüche, Depressionen und Nervenzusammenbrüche zu, begleitet von der Furcht, es nicht mehr zu schaffen.

Der Schraubstock drehte sich zu - unausweichlich! Ich erlebte einen zweiten Machtmissbrauch. Angestellte werden

ausgepresst wie Zitronen und danach weggeworfen. Die Erziehung und Hausarbeit ist unbezahlt und deshalb nichts wert! Eine gut geratene, angepasste und leistungsfähige Jugend, Kinder der Alleinerziehenden, will die Gesellschaft doch ernten. Ich habe eine Stinkwut!

Mir wurde gekündigt wie so oft, weil meine Leistung mangelhaft war. Mein damaliger Arbeitgeber, der sich mit Bankkrediten aufgebläht hatte, musste sich jetzt „gesundschrumphen“. Die Führungskräfte haben ihre goldenen Eier in Sicherheit gebracht, unsereins wurde auf die Strasse gestellt, ausgebrannt, missbraucht und als gesundheitliches Wrack.

Dies ist der Dank für Billiglohn, der zu wenig war zum Leben. Mein Kindheitstrauma hatte sich wiederholt. Es sind die Mächtigen, die süchtig auf ihre Macht sind und andere ausbeuten, um so noch mehr Macht zu erlangen. Ich kann und will dieses Spiel nicht mehr mitspielen! Was schlagen Sie mir vor - aussteigen? Erst mal stempeln auf dem Arbeitsamt - vielleicht kann ich mich ja regenerieren. Leider klappte das nicht, denn durch die Zeit, die ich endlich für mich habe, holt mich die Vergangenheit ein, und zwar gründlich! Nie konnte ich verdauen und war ständig gehetzt, wie ein flüchtendes Tier. Das machte mich krank, seit ich ein Kind war.

So kam ich zum Entschluss, nach der Aussteuerung durch das Arbeitsamt eine IV Rente zu beantragen, was damals auf Anhieb klappte. Als über 50-jährige Frau mit lückenhafter Arbeitsbiografie gibt es für mich keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt.

Ist das der Sinn des Lebens? Ich sage nein und steige aus.

Anonyme Frau, Zürich

Ich bin SozialhilfebezügerIn in Zürich und möchte, dass Sie für mich eine Kulturlegi beantragen:

Name..... Vorname:.....

Strasse / Nr..... PLZ / Ort:

Geburtsdatum..... Datum / Unterschrift:.....

Tel./Natel

Mit **aktuellem Passfoto** einsenden an: Kulturlegi / IG Sozialhilfe, Postfach, 8032 Zürich

Brief aus Deutschland: Was bedeuten die Reformen für schwerstbehinderte SozialhilfeempfängerInnen ?

Auf Grund meiner 100%igen Schwerstbehinderung bin ich schon wegen der äusserlichen Bedingungen extrem benachteiligt, da es überwiegend keine Barrierefreiheit für RollstuhlfahrerInnen im Alltag gibt (Rampen, Aufzüge, breite Türen, Toiletten mit Haltegriffen). Deshalb fallen viele Möglichkeiten der gleichen Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensführung automatisch weg.

Wenn Menschen dazu auch noch wegen ihrer körperlichen schweren Beeinträchtigungen finanziell vom Staat abhängig sind, der ihnen lediglich ein Existenzminimum gewährt, so werden die Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensführung ausser Kraft gesetzt. Da mich die Erledigung meiner Sparkassenangelegenheiten schon bis zu vier Euro für eine Taxifahrt im Monat kostete, waren alle kulturellen und zur beruflichen Fortbildung bestimmten Veranstaltungen finanziell nicht tragbar, da sie zusätzlich zu den Fahrkosten Eintrittsgelder und Kursgebühren beinhalten. Nur der Gottesdienst ist noch bis auf die Kollekte kostenlos. Zusätzlich kommen noch Einkaufsfahrten hinzu wie der Kauf von Schuhen (auch RollstuhlfahrerInnen brauchen Schuhe, Stiefel, Hausschuhe, Gymnastikschuhe für Krankengymnastik) und anderer Bekleidung, die anprobiert und selbstbestimmt ausgesucht werden müssen. Auch sehr wichtig ist das selbstbestimmte Einkaufen, wenn es um den Intimbereich geht, wie bei Unterwäsche und Hygieneartikeln. Es ist oft erschreckend wie die „guten“ Menschen bestimmen, was sie als gut und zweckmässig für Menschen im Rollstuhl erachten. Mein Ziel ist es weiterhin, dass ich wieder in den Arbeitsprozess für täglich drei Stunden eingegliedert werden möchte, denn ich habe einen hochqualifizierten Beruf (Heimerzieherin für schwererziehbare Jugendliche; spezialisiert auf Deeskalation, Kranken- und Altenpflege,) mit Erfahrungen auf vielen Gebieten (zuletzt Justizvollzugsanstalt). Seit drei Jahren sind die Taxikosten extrem gestiegen, und es gibt seit über zwei Jahren keine Gebührenfreiheit für schwerstbehinderte und vom Staat finanziell abhängige Menschen. Auch

persönliche Besuche bei nahe stehenden alten Familienangehörigen, Freunden und Bekannten musste ich seit langem wegen der behördlichen Bestimmungen ganz einstellen. Seit 26 Monaten lebe ich in Isolation. Dieser Zustand hat meiner physischen und psychischen Restgesundheit sehr geschadet, und als der Druck der Behörden (Aufforderung zu einem Umzug in eine billigere Wohnung und das Streichen von 143 € monatlich, von dem ich eine Haushaltshilfe bezahlte) extrem zunahm, erlitt ich einen Hörsturz mit entsprechenden Schäden.

Für die körperlich und geistig schwer beeinträchtigten Menschen, die weder eine berufliche Perspektive noch eine Möglichkeit zur beruflichen Fortbildung haben, gilt es natürlich auch, dass sie eine Möglichkeit zur Um- und Neuorientierung brauchen, um sich trotz ihrer Situation allein eine Lebens- und Sinnperspektive schaffen zu können. Einseitige Veranstaltungen von Verbänden für eingeschränkte Menschen - zum Beispiel Sommerfeste, Weihnachtsfeiern u.a. - sind zwar „nett“ für blinde, taube und rollstuhlfahrende Menschen, haben aber genauso wenig mit gesellschaftlicher Teilnahme zu tun, wie wenn sich nur blauäugige Menschen treffen würden. Es sind Randgruppierungen, und ich finde es wenig erstrebenswert, an Treffen, wo man uns armen Krüppeln mal einen „schönen“ Tag bei Kaffee und Kuchen macht, damit wir „auch mal was haben“, teilzunehmen. Abschliessende Bemerkung: Alle Veranstaltungen, die auf diesen Gebieten sehr spärlich von Behindertenverbänden angeboten werden, sind zur Teilnahme am öffentlichen Leben nicht sehr förderlich. Denn es befremdet und erschreckt die allgemeine Bevölkerung eher und löst Fluchtendenzen aus, wenn zwanzig bis vierzig RollstuhlfahrerInnen auf einem Haufen in Museen, Stadthallen, Theatern auftauchen.

Diese Reaktionen sind nicht abhängig von Ländern und Kulturen und erst recht nicht von „typisch deutsch“, wie hier oft behauptet wird. Vielmehr ist alles, was zu viel und in zu grossen Mengen zu viel Platz und Aufmerksamkeit beansprucht, schwer erträglich. Der ein-

zelne beeinträchtigte Mensch wird aber eher offen, herzlich und hilfsbereit an- und aufgenommen von den Menschen. Das sind meine positiven Erfahrungen seit mehr als vierzehn Jahren im Rollstuhl.

Anonymer Mensch

Himmelschreiende Arroganz!

In der heutigen Zeit passieren Vorkommnisse, für die niemand mehr die Verantwortung übernimmt oder übernehmen muss.

Es gibt kaum mehr kompetente Menschen, geschweige denn Behörden, Ämter oder Verwaltungen.

Was wir in den letzten Jahren erleben durften, übertrifft das Mass des menschlichen Überlebens (Arbeitgeber-Sozialamt-Hausverwaltung inkl. Hauswart und deren Handlanger). Wir müssen noch beifügen, das unser Hauswart nebenamtlich der Präsident des Sozialamtes war.

Gott sei Dank haben wir sehr gute Freundschaften erworben, nicht erkaufte, welche uns helfen, diese schwere Zeit erträglicher zu machen.

Unser Freundeskreis, der inzwischen noch grösser geworden ist, hat nichts mit finanziellem Reichtum zu tun, sondern mit einem gehörigen Mass an

„INNEREN WERTEN“

Anscheinend verkümmern diese, sobald ein gewisses finanzielles Einkommen erreicht ist.

Das Erlebte kann man nicht mehr ungeschehen machen.

Unser grösster Wunsch ist, diesen machtkranken Menschen wieder ein Gewissen zukommen zu lassen, indem sie für ihre eigenmächtigen Handlungen die Verantwortung übernehmen müssen.

In der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben.

Eine sechsköpfige Familie aus Uster

Armut trotz Arbeitsplatz: Der Weg nach unten ist kurz und hart!

Vor rund 6 Jahren ist unsere kleine Organisation für Arbeitnehmende entstanden (GEWAG Gewerkschaftliche Bewegung für Arbeit und Gerechtigkeit), die vorwiegend die Interessen von Menschen vertritt, die in Branchen ohne oder mit schwachen Gesamtarbeitsverträgen beschäftigt sind.

Viele Beschäftigte in diesen Betrieben haben ein minimales Einkommen, teilweise unter dem Existenzminimum. Darunter sind viele Frauen, die mehrere kleinere Teilzeitarbeiten und Arbeiten auf Abruf erledigen müssen, um über die Runden kommen. Sie sind aufgrund ihrer familiären Situation und/oder mangelnder Aus- und Weiterbildung gezwungen, Stellen mit schlechten Bedingungen anzunehmen und müssen die belastenden Zustände geduldig ertragen.

Wir erleben tagtäglich bei unserer Beratungstätigkeit, dass bei einem Arbeitsplatz (oder einer Branche), wo das Verhältnis Lohn - Arbeit nicht stimmt, in der Regel auch sonst viele Mängel auftauchen. Ein Arbeitgeber, der keine gerechten Löhne bezahlt, kümmert sich auch nicht um faire Versicherungen oder menschenfreundliche Arbeitsabläufe. Dort, wo der Geist der Gewinnmaximierung herrscht, werden Menschen generell verachtet, also weder gefördert noch gefordert, auch nicht betreut und respektiert, sondern höchstens ausgebeutet. Bei diesen Arbeitsplätzen vergiften der übermäßige Leistungsdruck und die Angst um Stellenabbau, der ja in „schwachen Branchen“ zur Tagesordnung gehört, das Arbeitsklima. Der/die Arbeitnehmende hat neben den erschwerten Bedingungen am Arbeitsplatz auch noch die finanziellen Sorgen und die Existenzangst zu ertragen, die die Unterbezahlung auslöst. Solche Stellen machen nicht nur unglücklich, sondern krank. Der/die Arbeitnehmende resigniert, verliert Hoffnung und Kraft, hat keine Energie für Entspannung und Musse. Als unweigerliche Konsequenz ist diese/r Arbeitnehmende anfällig für Krankheiten oder für die Verursachung von Unfällen. Verunfallte/Kranke werden dann von den Be-

Maria M. (44), allein erziehende Mutter, arbeitet seit 22 Jahren in einem kleinen Produktionsbetrieb. Seit Jahren hat sie - aufgrund der Arbeitsbelastung - Schmerzen in Händen, Armen und Schulter. Die Schmerzen werden unerträglich. Der Arzt diagnostiziert schwerste Arthrose und schreibt sie zu 100% arbeitsunfähig.

Nach drei Monaten erhält Maria die Kündigung der Firma. Der Text ist unpersönlich und sachlich, obwohl Maria zwei Jahrzehnte lang sich für die Interessen des Unternehmens engagiert eingesetzt hat. Die ausgesprochene Entlassung muss von der GEWAG angefochten werden, weil eine Entlassung erst nach der Sperrfrist möglich ist, in diesem Fall nach 180 Tagen. Nach der Sperrfrist wird eine Entlassung ausgestellt, die eine ungesetzliche Kündigungsfrist (2 statt 3 Monate) beinhaltet. Erneut muss die GEWAG intervenieren.

Wenige Wochen später stellt die Taggeldversicherung des Arbeitgebers ohne Grundangabe die Lohnfortzahlung ein, obwohl Maria für die Zahlung von insgesamt 720 Krankentagen versichert ist. Auf Telefonanrufe der GEWAG reagiert die Taggeldversicherung nicht, der ehemalige Arbeitgeber weigert sich, behilflich zu sein. Drei eingeschriebene Briefe werden ignoriert. Erst nach Intervention bei der Generaldirektion läuft die Zahlung wieder an. Marias Gesundheitszustand hat sich massiv verschlechtert. Aufgrund des Lohnstopps spürt sie grosse Existenzängste und muss psychiatrisch behandelt werden.

Nach einem Jahr Arbeitsunfähigkeit füllt die GEWAG den Antrag für eine Invalidenrente aus. In der Zwischenzeit laufen die Taggelder der Krankentaggeldversicherung aus. Der Entscheid der IV ist auch nach 12 Monaten noch ausstehend. Wir begleiten Maria zum Sozialdienst, um Sozialgelder zu beantragen, da kein Einkommen in Sicht ist. Sie schämt sich, dass sie nun auf Sozialhilfe angewiesen ist. Der zuständige Sozialarbeiter zeigt sich desinteressiert und unhöflich und bestätigt ihr Gefühl, sie habe versagt und verdiene keinen Respekt mehr.

Nach weiteren drei Monaten erhält Maria eine Ablehnung der IV, da ein Spezialist der Meinung ist, eine einfache Tätigkeit, bei der Maria sitzen, stehen und herumlaufen könne, sei ihr zuzumuten. Mit der Unterstützung von Hausarzt und Psychiater erarbeiten wir eine umfangreiche Einsprache, die erst nach 8 Monaten gutgeheissen wird. Maria kann sich über den positiven Ausgang der Geschichte kaum mehr freuen, da sich in der Zwischenzeit Schlafstörungen und Depressionen eingestellt haben. Wüste familiäre Konflikte haben dazu geführt, dass Marias Kinder nun bei ihrem Vater leben.

Maria war vor drei Jahren - trotz Krankheit - eine positiv eingestellte, fröhliche Frau. Heute hat sie die Freude am Leben verloren.

P.S. In der Zwischenzeit hat die Pensionskasse des ehemaligen Arbeitgebers sich geweigert, die Rente auszuzahlen. Ein Gang zum Versicherungsgericht wird nun auch noch nötig sein.

etrieben baldmöglichst entsorgt und erhalten die Kündigung. Eine Wertschätzung für den bisher geleisteten Einsatz existiert nicht. Die Erkenntnis, dass die miesen Arbeitsbedingungen die Krankheit/den Unfall verursacht oder beschleunigt haben, gibt es nicht. Soziale

Verantwortung und ethische Werte scheinen auf der Chefetage aus der Mode gekommen zu sein. Wer in seinem Unternehmen kleine Lohnsummen verzeichnet, wird mit hohen Prämien belohnt und sogar zum Manager des Jahres gekürt. Ein pflgeleichter Mitarbei-

tender, der ins Konzept des neoliberalen Betriebsleiters passt, hat gesund und willig, jung und billig, flexibel und gut ausgebildet zu sein.

Der nun entlassene Arbeitnehmende konnte bei dem kleinen Lohn, den er hatte, logischerweise keine Ersparnisse „für noch schlechtere Zeiten“ anlegen. Im Gegenteil, er hat bisher vielleicht sogar Kleinkredite benötigt, um die Lächer in seinem Budget zu stopfen. Nach Ablauf seiner kurzen Kündigungsfrist ist er also sofort auf die umgehende und reibungslose Auszahlung von Geldern aus Sozial- oder Privatversicherungen angewiesen. Die Wahrscheinlichkeit aber, dass ihm diese Taggelder, für die er jahrzehntelang Prämien bezahlt hat, verweigert werden, ist gross. Wir kennen diverse private Versicherungsunternehmen, bei denen Betriebe ihre Krankentaggeldversicherungen abschliessen, die scheinbar nur Taggelder an Personen zahlen, die dafür kämpfen (und dafür beherrzte Hausarzt/innen und/oder Gewerkschaftsvertreter/innen an ihrer

Seite haben). Auch erleben wir zur Zeit gewisse IV-Stellen, die eine Verzögerungstaktik als Strategie anzuwenden scheinen und für die Überprüfung von Anträgen Jahre brauchen. Das Warten und Kämpfen löst das Problem der betroffenen Person nicht. Im Gegenteil: Gesundheitszustand und finanzielle Lage verschlechtern sich dadurch immer dramatischer.

Gesunde Arbeitnehmende, die von ihren Betrieben auf die Strasse gesetzt werden, lernen bei verschiedenen Regionalen Arbeitsvermittlungszentren immer wieder Sachbearbeiter/innen kennen, die davon ausgehen, dass erwerbslose Hilfsarbeitende selbst Schuld an der Erwerbslosigkeit tragen. Sie werden daher mit mehr oder weniger subtilen Strafmassnahmen und einem rüden Umgangston bei den Beratungen geplagt. Während gewisse RAV-Mitarbeitende gegenüber (bisher) gutverdienenden und gutausgebildeten Menschen sich eher verständnisvoll und tolerant geben, werden bei den anderen Stellensuchenden Vor-

schriften rigoros, gnadenlos und mit äusserster Härte angewendet.

Nachstehender authentischer Fall unseres Gewerkschaftsmitgliedes Kollegin Maria M. beinhaltet diverse Gegebenheiten, die wir immer wieder erleben. Ihre Erfahrungen beweisen, wie schwer es sein kann, das zu bekommen, was einem zusteht.

Engagierte Organisationen und die Menschen, die dahinter stehen, dürfen nicht aufhören, sich gegen Machtmissbrauch, Willkür und ungerechte Zustände einzusetzen. Oftmals ist es ein Kampf gegen Windmühlen, der viel Energie und Kraft kostet. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, dass ausbeuterische Arbeitgeber, desinteressierte Behörden und geldgierige Versicherungen den Sieg davontragen.

*Patricia Sprenger,
GEWAG, Sommer 05*

PS: Leider musste die GEWAG wegen finanzieller Probleme aufgelöst werden.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

49

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik;
Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik;
Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik;
Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit,
Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadai, R. Atzmüller, G. Michalitsch,
A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder,
F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

Diskussion

A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP
Recherchiergruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika
S. Howald: Mikrokredite für alle
P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative
I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

232 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

„Bölle-Köbi“

Bölle-Köbi sass jeden Tag auf seiner Bank neben der Prediger-Kirche. Seinen Namen haben ihm die Zwiebeln eingebracht, die er für seinen Lebensunterhalt verkaufte. Er sprach viel mit sich selbst, genau genommen, immer wenn er wach war. Die Kinder des Quartiers begegneten ihm mit Respekt, obwohl oder gerade weil er ein Clochard war. Wenn er seinen schlechten Tag hatte, beschimpfte er jeden, der ihm begegnete. Wehe - einer kam an einem solchen Tag seiner Bank zu nahe, da konnte er sehr ausfällig werden. Hatte er aber einen guten

Tag, lud er manchmal ganz fremde Leute ein, die Bank mit ihm zu teilen. Er führte dann Gespräche, die ahnen liessen, dass er auch bessere Tage gekannt und dass der Rotwein, der ihm wichtiger war als eine Mahlzeit, noch sehr viele Hirnzellen übrig gelassen hatte.

Ich grüsste ihn immer freundlich, wenn ich ihm begegnete. Die meisten Leute des Quartiers würden ihn meiden, erzählte er mir, als wir einmal ins Gespräch kamen, er freue sich über jeden, der auch in ihm den Mitmenschen sehe.

Eines Tages, ich war beim Einkaufen im

kleinen Coop-Laden, hörte ich ihn mit der Verkäuferin an der Kasse reden. Er besorgte sich hier täglich seinen Rotwein-Nachschub und eine Kleinigkeit zu essen. Als ich bei der Kasse ankam, sagte er gerade: „Wenn ich sterbe, will ich verbrannt werden. Einmal noch, will ich es richtig warm haben.“

Draussen war Spätherbst, und es war schon sehr kalt. Er erlebte den nächsten Frühling nicht mehr. Ich hoffe, sein Wunsch ging in Erfüllung!

Anonyme Frau

Mein Sturz in die finanzielle Verarmung

Früher arbeitete ich viele Jahre lang in einem renommierten Unternehmen und hatte eine gut bezahlte Fachfrau-Stelle. Obwohl der Lohn gut war, konnte ich nicht viel auf die Seite legen, da die Mietzinsen in der Stadt, die verschiedenen Gebührenlasten und die Steuern hoch waren. Ungeplante Mehrausgaben, wie eine notwendige Zahnbehandlung, Medikamente aus dem komplementärmedizinischen Bereich, die die Krankenkasse nicht übernahm, verschmälerten das Budget rasch. Sehr selten gönnte ich mir einen kleinen Urlaub in Südeuropa. Alleinstehende haben enorme Mehrkosten, da sie alles, was notwendig ist, allein beschaffen müssen und die Kosten nicht mit anderen teilen können.

Das Unternehmen, in welchem ich tätig war, ist in der gesamten Schweiz bekannt. Es florierte und floriert weiterhin.

Die Belegschaft erhielt eines Tages eine Mitteilung von der Geschäftsleitung. Diese wollte den Betrieb verschmälern, einen seiner Produktionsbereiche „outsourcen“ und dadurch Einsparungen machen. Dies, obwohl der jährliche Gewinn gemäss Bilanz weiterhin sehr gut war. Nach langen Informationsszenarien wurde das „Outsourcing“ eingeleitet und eine Weile danach mehreren mitarbeitenden Fachpersonen im Alter von 40 Jahren aufwärts gekündigt. Ich wurde auch davon betroffen. Ein paar von uns haben sich mit gewerkschaftlicher Un-

terstützung gewehrt, aber die Arbeitsstellen konnten wir nicht behalten. Zur gleichen Zeit war in der Schweiz das grosse Swissair-Debakel, viele neue Arbeitslose waren nun gleichzeitig auf Arbeitssuche. Mehrere grosse Firmen fusionierten in diesem Zeitraum. Viele weitere Mitarbeitende wurden entlassen. Ich selber war damals über 40 Jahre alt. Für den Arbeitsmarkt zu teuer. Zwei Jahre lang war ich ununterbrochen aktiv bemüht, eine neue Stelle zu finden. Die Anspannung, die Hektik, der Stress, die vielen, vielen Absagen und Misserfolge kratzen sehr an meinen Kraftressourcen. Das RAV, Regionale Arbeitsvermittlung, bewilligte mir damals keine Umschulung, als ich Vorschläge machte. Nur EDV- oder Sprachkurse wurden mir gestattet. Diese brachten mir insoweit etwas, als ich schon vorhandene Fähigkeiten weiter ausbauen konnte. Meine Arbeitsstellensuche konnte ich damit aber nicht unterstützen, denn es gab und gibt zu wenig Arbeitsstellen in den allermeisten gängigen Berufsbereichen und genug andere Personen, die die gleichen, besseren oder weniger guten Fachkenntnisse aufweisen.

Ich fand dann aber gerade einen Monat nach meiner Aussteuerung eine Stelle in meinem Fachbereich. Dort verdiente ich monatlich Fr. 1'600.- weniger, als ich vor zwei Jahren in dem renommierten Unternehmen verdient hatte. Es gab keinen 13. Monatslohn und keine Krankentaggeldversicherung. Man war begeistert,

mich mit meinem umfangreichen Know-how bei diesen Lohnbedingungen gefunden zu haben und reduzierte auch den Personalbestand in der Abteilung, wo dann meine Arbeitsstelle war, so dass ich zu diesen Arbeitsgrundlagen ein Pensum von 150% zu bewältigen hatte. Der Leistungsdruck war enorm, ich konnte mich nicht wehren. Ich stand finanziell mittellos dar, und der Arbeitgeber wusste dies. Ich hatte keinen Anspruch mehr bei der Arbeitslosenversicherung, und bei der Fürsorge (Sozialamt) wollte ich auf keinen Fall landen. Ich wurde enorm arg von den drei Personen bei immenssem Leistungsdruck gemobbt. Ich konnte mich schlecht wehren, denn sie hielten zusammen, und Mobbing ist schwer nachweisbar. Trotzdem konnte ich Belegmaterial über die verschiedenen falschen Angaben, die man mir beispielsweise machte, damit ich dann fehlerhafte Endresultate hatte, für meine Verteidigung zusammenstellen. Im Weiteren wurde ich oftmals falsch oder gar nicht über Neuerungen informiert. Da in der Arbeitswelt ein rauer und unmenschlicher Wind weht, und ich so oder so fast gar keine Chance sah, wieder eine neue Arbeitsstelle zu finden, wollte ich durchhalten, egal, was da kommen würde.

Aber die Natur spielte mir einen Streich. Vollkommen erschöpft und mit enormen Herzbeschwerden klappte ich eines Tages zusammen. Die so lange ausgehaltene Anspannung, über Jahre hinweg, die ausgestandenen Ängste, das Mob-

bing und der Leistungsdruck hatten das Ihrige dazu beigetragen. Ich wurde für viele Monate krank geschrieben und langsam wieder „aufgepeppelt“. Eine engagierte Sozialpädagogin setzte sich für mich ein, damit meine Ansprüche, die ich vom Arbeitgeber noch zu Gute hatte, erfüllt wurden. Die Kündigung hatte ich in der Zwischenzeit auch schon erhalten. Ich war in so schlechter Verfassung, dass jeder Gang zu einem Amt oder sonst irgend wohin mich schwer belastete, und mein Herz wie wild schlug. Schweissausbrüche, zitternde Kniegelenke und stetige Unruhe belasteten mich dazu. Erst nach Monaten konnte ich wieder ruhiger werden. So lebe ich heutzutage mit wenigen Kleidungsstücken, mit den allernötigsten Möbelstücken und erhalte vom Sozialamt eine Unterstützung. Mein Gesundheitszustand verbessert sich allmählich. Der Schock aber, den ich durch all diese Erlebnisse - jahrelang - bis zum heutigen Stand erlitten habe, der sitzt mir noch tief in den Knochen.

Ich möchte so gerne mir finanziell selber behilflich sein. Arbeitsstellen gibt es viel zu wenige. Letzthin teilte mir ein Arbeitgeber mit, dass für die Vakanz, für die ich mich auch beworben hatte, bei ihm 600 Bewerbungen eingegangen seien. Man kann sich die Chancen, die da offen sind, vorstellen. Dazu kommt, dass ich noch älter geworden bin. Als ob dies ein Vorwurf wäre, als ob nicht alle älter würden. Aber die Wirtschaft definiert, dass älter gewordene Mitmenschen nicht eingestellt werden. Bis zum Alter von 35 Jahren, selten bis 40, noch seltener bis 45 - und dann???. Dann ist man gar nicht mehr erwünscht. Und welcher Arbeitgeber hat dann noch offene Ohren für einen Menschen wie mich? Wie kann man vom Mobbing sprechen? Von der früheren Wegrationalisierung?

Ich bin eigentlich sprachlos über die Zustände, die bei uns Menschen herrschen. Die Einblicke in die Arbeitswelt, der Kampf um den Erhalt einer Arbeitsstelle. Unseriöse und unzuverlässige Vorgesetzte und Arbeitgeber, mobbende Vorgesetzte und Mitarbeitende, Leistungsdruck, Erpressung, Verluste, Verarmung, der Gang zum Sozialamt und dann die so stark vorhandene Gleichgültigkeit der Umwelt. Die Mitmenschen,

die nicht so recht wissen wollen, wie es ist und die immer die gleichen Sprüche parat haben: Es wird schon werden. Hast Du schon eine neue Stelle? Gleichgültigkeit, anstatt Solidarität zwischen den Erwerbslosen und StelleninhaberInnen. Diese zwei Segmente müssten zusammenhalten, sich gegenseitig unterstützen. Was mir zugestossen ist, geschieht weiterhin.

Wenn ich dann meinen Bekannten zu erzählen beginne, mit wie wenig Geld ich lebe, dass Fr. 40.-- bis Fr. 50.-- pro Woche für Haushalt, Körper- und Gesichtspflege, für Essen und für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, für Zeitung und überhaupt für alles ausreichen müssen, dann gibt es ratlose Gesichter. Ich bekomme diffuse Antworten wie: Ja, ich hatte es auch mal schwer in meinem Leben, und im Kriege hatten es damals die Grosseltern auch ganz schwer.

Die meisten meiner Bekannten sind noch gut situiert und haben sogenannte gute Dauerstellen. Keiner von ihnen ist aber bis heute auf die Idee gekommen, mir ein bisschen Geld zu geben oder sogar zu schenken. Es geht ja nicht um die Summe, sondern um die Geste. So lerne ich kennen, was das Geld aus den Menschen macht. Wenn sie es haben, dann sind sie versorgt und fühlen sich behaglich wohl und kleben an ihrem Gelde fest.

Ich betrachte oftmals Szenen am Bahnhofplatz, wenn ‚arme Kerle‘ die Menschen, die auf ihre Trams warten, um einen Batzen anbetteln. Da gibt es manchmal so raue Szenen, wie wohlbetuchte Personen die Bettelnden anfahren. Man könnte meinen, ihr Leben werde bedroht. Dabei handelt es sich nur um eine mitmenschliche Geste, darum, zwei oder mehr Franken zu verschenken. Wer bettelt denn schon gerne und freiwillig um ein paar Batzen?

Ich habe andere Armutsbetroffene getroffen, und deren Biographieberichte liessen mich noch ratloser zurück. Da gibt es so vehemente Schicksale, Menschen mit chronischen Erkrankungen, die noch für eine kleine Weile leben können und die eine Invalidenrente erhalten. Man sieht es ihnen äusserlich

nicht an, wie schlecht es ihnen geht. Sie schlagen sich auch mit den Vorwürfen aus einem Teil der Gesellschaft herum, dass sie Scheininvaliden seien. Solche Verleumdungen treffen sie arg. Andere werden weiterhin intensiv medikamentös behandelt. Die Diskrepanz zu dem, was sie früher tun konnten und wie sie jetzt dastehen, ist immens. Dies können sie schwer verkraften. Auch Suizidgefährdung gehört zu solch einem Alltag. Wer kann überhaupt ermessen, wie arg es einem Menschen geht? Wer sieht schon in das Innere des Anderen? Wir Menschen sind keine Maschinen, die gefühllos durch das Leben gehen. Erlebnisse und Erschütterungen hinterlassen ihre Spuren. Sie können überwunden werden, aber es gibt kein allgemeines Heilmittel. Wenn unsere Gesellschaft so verkümmert, dass sie es nicht mehr schafft, vernünftige mitmenschliche Umgangsformen zu unterhalten, Gelder für Armutsbetroffene, Kranke u.a. genügend frei zu geben, ja was soll dann werden? Von den Steuergeldern wird so viel Unsinniges bezahlt.

Ich habe bis zuletzt mit allen vernünftigen und anständigen Mitteln versucht zu verhindern, dass ich arbeitslos werde und dass ich sogar beim Sozialamt lande. Sie sehen, liebeR LeserIn, wie es mir dabei ergangen ist. Was wird nun werden? Wer will nun eine 50-jährige Sozialhilfebezüglerin einstellen, wer will überhaupt zuhören und verstehen? Ich suche und suche nach einer Arbeitsstelle und hoffe und hoffe, dass man dort anständiger mit mir verfahren wird - falls ich eine erhalten sollte.

Ich wünsche uns allen, dass wir es schaffen, anständig miteinander umzugehen, verbindlich die Armen zu unterstützen.

P.S.: Der Titel meines Berichtes heisst bewusst so: Mein Sturz in die finanzielle Verarmung. Ich wurde da hinein gestürzt, obwohl ich dies zu verhindern versucht habe. Aber ich bin nur finanziell verarmt, ansonsten nicht. Meine Fähigkeiten sind vorhanden, meine Interessen, mein Engagement, meine Hoffnungen, meine Träume.

Anonyme Frau, Basel

Für einklagbare Sozialrechte: Armut bekämpfen, nicht die Armutsbetroffenen!

Die Dimension der Armut ist viel grösser und ihre Auswirkungen über Generationen viel verheerender, als es wahrgenommen wird. Denn Armut umfasst die gesamte Existenzweise eines Menschen. Armut gilt durch den Rechtspopulismus wieder vermehrt als Schuld und Schande und als persönliches Scheitern, als Mangel an Selbstverantwortung. Darum schweigen viele Armutsbetroffenen darüber und brauchen sehr viel Energie, um sich und ihre Armut zu verstecken. Tatsache ist jedoch, dass gerade Armutsbetroffene oft sehr tüchtige Leute sind, ihre Arbeit jedoch nicht entsprechend entlohnt wird, wie dies beispielsweise bei allein erziehenden Müttern der Fall ist. Verzweifelt suchen Arbeitslose nach Stellen, die es aber im Zuge der Gewinnmaximierung durch Stellenabbau immer weniger gibt.

Wenn immer möglich, wird der Bittgang aufs Sozialamt vermieden. Über die Hälfte der Armutsbetroffenen beziehen keine Sozialleistungen, obwohl sie welche zu Gute hätten. Warum? Alles wird unternommen, um nicht von der Sozialhilfe abhängig zu sein, um zu beweisen, dass man nicht zu den „Sozialschmarotzern“ gehört, sondern zu den „Tüchtigen und Arbeitswilligen, die für sich selber sorgen“, wie sich die SVP ausdrückt. Die SVP-Hetzkampagnen vergiften schleichend und immer mehr das sozialpolitische Klima mit faschistoidem Gedankengut, wodurch die Armutsbetroffenen unter anhaltenden Rechtfertigungsdruck geraten.

Ein weiterer wichtiger Grund, keine Sozialhilfe zu beziehen, ist für Armutsbetroffene die Verwandtenunterstützungspflicht. Sie wollen nicht, dass ihre Eltern oder Kinder für sie zurückzahlen müssen oder ihrE PartnerIn auch noch damit belastet wird. Bei AusländerInnen besteht das Problem darin, dass sie ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren können. Flüchtlingen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, ist es unmöglich, einen besseren Ausländerstatus zu erwerben.

Dafür, dass jemand arm ist oder wird, gibt es verschiedene Gründe. Oft han-

delt es sich um sehr viele und komplexe Faktoren. Darum gibt es nicht die Armutsbetroffenen, sondern alle haben ihr persönliches Schicksal, ihre persönliche Leidensgeschichte: Die Vielfalt von Armut ist so gross wie die Vielfalt der Menschen. Die einen leben seit ihrer Geburt auf der Schattenseite der Wohlstandsgesellschaft, andere geraten in Not durch einen Schicksalsschlag und können es nicht verkraften, plötzlich in Armut leben zu müssen, obwohl sie doch stets alles im Griff hatten. Nicht selten schwinden die Kräfte, weil sie über Jahre, Jahrzehnte ständig sich überarbeitet haben, damit sie nicht der Armut verfallen. Schwere Krankheiten sind der Preis des Fleisses! Hinter Masken grenzen sich die Armutsbetroffenen voneinander ab.

Dennoch gibt es trotz der grossen Unterschiede viele Gemeinsamkeiten: Armut bedeutet für **alle** davon Betroffenen tiefe Verzweiflung, Existenzangst, Not. Die täglich erlittenen Mängel aller Art, die ständig erzwungenen Verzichte - auch bezüglich Gesundheit - inmitten einer Konsumgesellschaft, Schulden und Betreibungen, die übermässigen Anstrengungen zum Abzahlen der Schulden, das ständige Gefühl nicht zu genügen, umfassen das ganze Lebensdasein. Armut macht krank und lässt Armutsbetroffene vorzeitig sterben, während das Alter der anderen Bevölkerungsschichten ständig steigt.

Eine andere Lebensrealität

Immer mehr Kinder sind gezwungen, auf die gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten zu verzichten. Die Lebenserfahrung dieser Kinder beinhaltet Ausgeschlossenheit auf Grund von Armut, ihre Sozialisation bedeutet Ausgrenzung! Das Gerede von Integration und Chancengleichheit ist bürgerliche Schönfärberei angesichts der Tatsache, dass weit über ein Zehntel der Kinder in Armut lebt. Das Erleiden von Ausgrenzung und der damit verbundenen ausgesprochenen und unausgesprochenen Demütigungen, denen Armutsbetroffene bereits als Kinder in unserer sehr reichen Gesellschaft ausgesetzt sind, das

Unter dem Titel: „Immer mehr Zwangsausweisungen aus Wohnungen“ ist im Tagi vom 16. 3. 06 zu lesen: „Die Stadtmänner mussten 281-mal Einzelpersonen, Familien oder Geschäftsbesitzer zwangsrechtlich aus ihren Wohnungen weisen (Vorjahr 186).“

ständige Erleben, dass man nicht dazu gehört und doch da ist, schaffen irreparable psychosoziale Schädigungen, Schul-, Bildungs- und Gesundheitsprobleme.

Armutsbetroffene haben nicht selten ein so erschütterndes Schicksal, dass sie sich gar nie in die Gesellschaft integrieren können, obwohl sie SchweizerInnen oder hier aufgewachsen sind. Ihre fatale Lebensgeschichte ist gezeichnet von Brüchen, Krankheit, Misshandlungen, Armut und schlechten Erfahrungen mit der sozialen Umgebung. Gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten sind ihnen fremd, die üblichen Sozialkompetenzen konnten unter den entsetzlichen Bedingungen ihrer Kindheit und Jugend schlicht nie erworben werden. Kontakte zu Personen ausserhalb des eigenen sozialen Kreises werden gemieden, weil sie zu bedrohlich sind. Durch den ständigen Überlebenskampf unterscheiden sie sich von den Menschen der Mehrheitsgesellschaft so stark, dass die Verelendung ihren Lauf nimmt: Werden in Erstgesprächen auf Ämtern oder in Institutionen Angaben über den Lebenslauf verlangt, bleibt Armutsbetroffenen nur, zu schweigen oder sich zu verweigern, weil er so fürchterlich ist, dass sie oft gar nicht darüber sprechen können. Wird beispielsweise nur schon nach dem Vater gefragt, kann dies für einen Menschen ganz schwerwiegend sein, wenn der Vater unbekannt ist und darum die Kindheit zur Hölle wurde. Die einen verstummen und brechen in sich zusammen, andere geraten in Wut und agieren. Bei Fragen nach Schule und Ausbildung können Befragte plötzlich in eine psychische Krise geraten, weil sie nicht aussprechen können, was sie als Kind durchlitten haben. Oft wird aber

dieses völlig verzweifelte Verhalten von HelferInnen diverser Professionen überhaupt nicht verstanden und der/die KlientIn wird als renitent betrachtet und entsprechend bestraft - der Teufelskreis schliesst sich.

Der politische Trick: Die Armutsgrenze nach unten verschieben

SozialhilfebezügerInnen werden zunehmend geschröpft: Seit Jahren klagen sie, dass das Sozialhilfegeld nirgends hinreicht. Von einem menschenwürdigen Leben kann keine Rede sein! Noch 1994 wurde an der jährlichen Tagung der SKOS, der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe, darauf hingewiesen, dass Sozialhilfeabhängigkeit nur eine kurze Überbrückung und es deshalb durchaus zumutbar sei, in dieser Zeit auf Anschaffungen zu verzichten. Inzwischen erwiesene Tatsache ist jedoch, dass immer mehr Menschen über Jahre damit leben müssen. So sind die Leute gezwungen, sich alltägliche Verbrauchsgüter wieder neu anzuschaffen, was im Sozialhilfebudget aber nicht vorgesehen ist. Weil die Zahl der Armutsbetroffenen enorm steigt, werden die Sozialausgaben abgebaut.

Der Missstand der viel zu geringen Leistungen wurde durch die neuen Richtlinien der SKOS, die 2005 in Kraft getreten waren, noch verschärft, massive Kürzungen wurden vorgenommen. Bevor diese neuen Richtlinien in Kraft getreten waren, war man als Berechnungsgrundlage von den 20% der niedrigsten Einkommen ausgegangen. Die neuen Berechnungen hingegen gehen von den 10% der niedrigsten Einkommen aus. Der Kritik an den Kürzung wurde entgegengehalten, dass im Gegensatz zu vorher nun Arbeit belohnt würde, gemäss dem Motto: „Arbeit soll sich lohnen“. Doch selbst der Geschäftsführer der SKOS schreibt im ZESO, der Zeitschrift der SKOS: „Der Einkommensfreibetrag (EFB) erreicht nirgends das von der SKOS vorgegebene Maximum von Fr. 700.- bei einer Vollzeitbeschäftigung für eine Einzelperson. Es wird zum Teil stark unterschritten.“ (Nr. 1, März 2006) Mit „nirgends“ sind alle Kantone, ist die ganze Schweiz gemeint!

Die Verschuldung breiterer Bevölke-

rungsteile nimmt zu. In Zürich, so berichtet der Tagi vom 16. 3. 06, „stieg die Zahl der ergebnislosen Pfändungen von 26'065 auf 30'024; in solchen Fällen finden die Betreibungsbeamten bei den SchuldnerInnen nichts mehr, was sich pfänden liesse. Oft handelt es sich um Fürsorgeabhängige, IV-Bezüger oder Working Poor.“ Betreffend den Kreis 4 schreibt der Tagi: „Das Verhältnis zwischen der Zahl der Betreibungen und der Bevölkerung ist mit 37% Prozent so hoch wie während der Kriegsjahre.“

Für individuell einklagbare soziale Rechte!

Aufs Sozialamt gehen zu müssen, bedeutet eine enorme Belastung: Durch das grosse Machtgefälle zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen entsteht ein Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins. Armutsbetroffene fühlen sich ausgeliefert, ausgefragt, oft übergangen, nicht ernst genommen und müssen sich wegen ihrer Not unterwerfen.

„Wir sind ja keine Menschen, wir haben keine Rechte, wir sind ja nur SozialhilfebezügerInnen!“, wird verzweifelt festgestellt. Immer wieder werde ich gefragt, welches Gericht denn zuständig sei, die in der Bundesverfassung garantierten Rechte der BürgerInnen direkt einzufordern: das Recht, als ErwachseneR (Aus-)Bildung zu erhalten, das Recht auf medizinische Behandlung, auf Medikamente, welche nicht durch die Grundversicherung gedeckt sind, das Recht auf menschenwürdiges soziales Leben bei Krankheit, dringende Leistungen wie Haushalthilfe, Begleitungen, welche nicht von der Krankenkasse übernommen werden und oft auch nicht in den Raster der auf Sparen bedachten Hilfflosenentschädigung der IV passt, das Recht auf Schweigepflicht des Arztes/der Ärztin gegenüber dem Sozialamt, das Recht auf von erwerbslosen oder -unfähigen, psychisch belasteten Familien auf einen Krippenplatz, das Recht auf eine eigene Wohnung, statt nur auf eine Unterkunft, usw.

Tatsache ist, dass die Liste der fehlenden Bürgerrechte für Armutsbetroffene noch fortgesetzt werden kann. In der Schweiz gibt es keinen individuell einklagbaren Rechtsanspruch auf soziale

und gesundheitliche Leistungen, ebenso wenig auf (Aus-)Bildung und Pflege. Das Gefühl der Unmöglichkeit, seine eigenen Rechte durchzusetzen, des Zwangs, darauf zu verzichten, weil man arm und unterprivilegiert ist, kerbt sich tief in die Seele ein: „Es hat doch alles keinen Sinn, ich bin ja in den Augen der anderen ein Nichts!“ Armutsbetroffene verfügen auf Grund des Fehlens sozialer Rechten über keine Möglichkeit, in der Sozialpolitik, im Sozialwesen über Massnahmen und deren Bedingungen mitentscheiden zu können. Über SozialhilfebezügerInnen wird bestimmt und verfügt! Ein gleichberechtigter Dialog auf allen Ebenen ist ausgeschlossen, dies ist bittere juristische Realität. Der Wille zum Widerstand von Armutsbetroffenen wird vermehrt und lauter bekundet!

Die Sozialapartheid schreitet in rasantem Tempo voran

Diese undemokratische Struktur innerhalb des Rechtsstaates, dieser fundamentale Ausschluss birgt in sich die strukturelle Gewalt und Verachtung gegenüber Armutsbetroffenen. Darum ist die Sozialhilfe totalitär. Die aktuelle Debatte über „Sozialdetektive“ diskreditiert Armutsbetroffene nochmals als potentielle Kriminelle, ist ein Messerstich in blutende Wunden des Armseins. Das restliche Selbstbewusstsein von Menschen in Not wird mit Füßen getreten.

Die Lebensrealität von Armutsbetroffenen beinhaltet den ständigen Überlebenskampf: Nimmt der politische Druck der faschistoiden Rechten weiter zu, werden sich die Lebensbedingungen breiterer Kreise von Armutsbetroffenen bis zur Unerträglichkeit verschlechtern, wird die Gesellschaft auseinander brechen und der Dialog verstummen. In Frankreich und anderen europäischen Städten brannten und brennen Vorstädte.

Dies ist die Antwort der Ausgegrenzten, Verzweifelten, Chancenlosen - und in der Schweiz verschieben sich die Ausgaben vom Sozialen, von Gesundheit und Bildung zu Polizei und Justiz, während die Firmen, Banken, Versicherungen und ihre Manager Rekordgewinne in ihre Tasche scheffeln!

Branka Goldstein

Eine psychoanalytische Studie mit SlumbewohnerInnen in Peru

Die Reflexion der Rolle des ökonomischen Umfeldes für die psychische Entwicklung wird in der Forschung weitgehend vernachlässigt. Eine Gruppe von peruanischen PsychoanalytikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen hat nun in Gesprächen mit SlumbewohnerInnen eines Elendsviertels in Lima untersucht, auf welche Weise die dort lebenden Menschen ihre Situation deuten und psychisch verarbeiten. Die gewonnenen Erkenntnisse können auf Menschen überall auf der Welt übertragen werden, die in Armut und Gewalt aufwachsen. So wirken die entsprechenden psychischen Mechanismen ebenfalls bei den armutsbetroffenen, kranken Menschen, denen wir bei der Arbeit der IG Sozialhilfe begegnen.

Die TherapeutInnen untersuchten die von Migration und Armut geprägte innere Welt der SlumbewohnerInnen in Lima mittels der psychoanalytischen Methode und der systematischen Analyse des Verlaufs der Gesprächsbegegnungen zwischen TherapeutInnen und SlumbewohnerInnen. Nicht nur die Mitteilungen der KlientInnen, sondern ebenso die Reaktionen der TherapeutInnen darauf und die Veränderungen im Selbstverständnis der KlientInnen durch die Deutungen der TherapeutInnen waren Gegenstand der Untersuchung.

Ein Leben ohne Kindheit

Für die Biographien der SlumbewohnerInnen, die mehrheitlich aus armer, ländlicher Umgebung stammen, sind wiederholte traumatische Unterbrechungen der Beziehungen zu den wichtigsten Bezugspersonen charakteristisch. Ein Trauma bezeichnet den Einbruch äusserer Ereignisse, die die Verarbeitungskapazität des kindlichen Ichs sprengen. Die traumatischen Erlebnisse werden im Seelenleben eingekapselt, isoliert und so zu einem „Fremdkörper“ gemacht; die Aufrechterhaltung dieser Isolierung absorbiert einen Teil der dem Individuum verfügbaren psychischen Energien. Ereignisse wie der Tod von nahe stehenden Personen durch Krankheiten, die

infolge der Armut nicht angemessen behandelt werden können, werden unbewusst als Realisierung von Todeswünschen aufgefasst. Die durch derartige Erfahrungen vorgeschädigte kindliche Persönlichkeitsstruktur unterliegt dann dem Schicksal der Migration von den ländlichen Herkunftsorten in die Slums, des Verlassens einer zwar oft unwirtlichen, aber doch vertrauten Umgebung. Am Ende der Wanderung stehen Erfahrungen wie die Instabilität der Beschäftigung und die Desintegration der Familie.

In der Welt von Elend und Gewalt ist die Erfahrung von äusserer Versagung sowohl emotionaler als auch materieller Art die Regel. Diese fördert die Verinnerlichung der negativen Erlebnisse und die Stärkung der Gewissensinstanz. Die Armut, in der sie sich befinden, wird oft als gerechte Strafe für von ihnen begangene Frevel gedeutet. Die erfahrene Aggression wird gegen sich selbst gewendet und mittels Identifizierung mit dem Aggressor werden Ohnmachtsgefühle abgewehrt.

Den Kindern wird kein Raum zum spielerischen Erlernen der Unterscheidung zwischen Realität und Phantasie gewährt. Sie verharren in der für ein bestimmtes Kindesalter typischen Egozentrik, in welcher Allmachtsgefühle überwiegen. Es fehlt weitgehend die Erfahrung einer verlässlichen Aussenwelt, welche Orientierung bietet. Eine verlässliche Realität würde die kindliche Allmacht begrenzen, Schuldgefühle vermindern und die Fähigkeit zu einer angemessenen Realitätsprüfung vermitteln. Die resultierenden Schuldgefühle, Rettungserwartungen und die Neigung zur Passivität schränken die Möglichkeiten der SlumbewohnerInnen zur Verbesserung ihrer Situation weiter ein. Den SlumbewohnerInnen erscheint ihr eigenes künftiges Schicksal nicht als ein Resultat individueller Lebensgestaltung, sondern als eine Dimension, in der alles unklar ist und die magischen Gesetzen unterliegt. Die widrigen Lebensumstände können den Betroffenen als rationalisierende Erklärung dienen für das Unvermögen, Grössenphantasien zu verwirklichen, so dass diese unangetastet

bestehen bleiben und keiner den Realitätssinn fördernden kritischen Prüfung unterzogen werden können.

Armut, Elend und Gewalt

Die in den Familien verbreiteten physischen Gewaltanwendungen als Erziehungsmittel im ebenfalls von Gewalt geprägten gesellschaftlichen Umfeld fördern allgemein die Senkung der Hemmschwelle gegenüber gewalttätigen Aktionen. Das Verbleiben in der kindlichen Phase der Egozentrik, in der Allmachtsphantasien vorherrschen, vergrössert bei den Heranwachsenden die Gewaltbereitschaft: durch Anwendung von Gewalt können sie ihre Grössenphantasien ausleben.

Die Kinder in den Slums können weder an einem Modell noch durch eigenes Erleben selbstloses und solidarisches Handeln zum Wohle eines Kollektivs erlernen. Was bleibt, ist allzu oft Misstrauen anderen gegenüber und die beständige Suche nach Ausbau der eigenen Überlebens- und Lebenschancen. Die unter den defizitären Sozialisationsbedingungen heranwachsenden Kinder werden nicht befähigt, später als Eltern ihre Kinder anders zu erziehen, als sie es selbst erfahren haben. Deshalb ist es unerlässlich, Wege zu finden, um den Teufelskreis zu unterbrechen. Die Psychoanalyse mit dem Ziel innerpsychischer Veränderung ist einer davon. Die genannten Entwicklungsschwierigkeiten sind auch bei Armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz anzutreffen. Der tägliche Überlebenskampf und die erlittenen Traumatisierungen verbrauchen den grössten Teil der Kapazitäten der Betroffenen. Ein Verständnis für die psychischen Auswirkungen von Elend und Gewalt ist im Kampf für ein menschenwürdigeres Leben von grosser Bedeutung. Die Existenzsicherung muss deshalb nicht nur die materielle, sondern auch die psychische Dimension der Armut berücksichtigen.

Literatur: Diverse Werke von César Rodríguez Rabanal, Peru

Sandra Gamsriegler

Die Kulturlegi Zürich hat nicht nur ein neues Logo

Die Kulturlegi hat seit Frühling 2006 eine eigene, unverwechselbare Grafik, weil das Eidgenössische Institut für geistiges Eigentum IGE in Bern den von uns erfundenen Begriff *Kulturlegi* und das bisherige Logo nicht als genügend eigenständig und damit nicht als schützenswert erachtete. Wir betrachten es als ein Erfolg, dass nach zehn Jahren der Begriff Kulturlegi schon so sehr zum Gemeingut geworden ist, dass er sich nicht mehr ohne Bildmarke schützen lässt. Am 13. Februar 2006 hat das IGE nun die Marke *Kulturlegi* der IG-Sozialhilfe im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) publiziert.

Die Grafik mit dem hochgestellten Wort *Legi*, erstellt von Beatrice Güntensperger und Beni Müller, symbolisiert für uns, dass mit der Kulturlegi der Zugang zur Kultur erleichtert werden soll. Durch die Vergünstigung sind wir schon einen Schritt weiter oben auf der Treppe zur Bühne der Kultur. Wir wollen mit der Kulturlegi den Weg aus dem Dunkel ins Helle vereinfachen, den Weg vom Stillstand zur Bewegung. Damit sind wir bei der schwungvollen Wellenlinie, die für uns bedeutet, dass Kultur auch immer mit Veränderung zu tun hat. Dies symbolisiert das Logo der Kulturlegi als unendliche Schwingung. Wir wollen nicht nur Armutsbetroffenen den Konsum von Kultur verbilligen, sondern überlegen uns, wie wir sie dazu ermuntern können, aus der armutsbedingten Isolation herauszutreten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, auch um der Öffentlichkeit ihre Bedürfnisse sichtbarer und verständlicher zu machen.

Scharf beobachtete Kulturlegi

Von Susi Gut und Markus Schwyn (beide SVP) wurde am 8. März 2006 im Zürcher Gemeinderat folgende Interpellation (parlamentarische Anfrage) eingereicht:

„Die IG Sozialhilfe hat gemäss ihrer Zeitung Nr. 10 im Jahr 1994 die sogenannte Kulturlegi erfunden. Diese Kulturlegi wird heute von der Stadt Zürich abgegeben und subventioniert. In der Angebotsliste befinden sich mittlerweile über 90 kulturelle Veranstalter, bei denen Kulturlegi-Inhaber billiger oder

gar gratis Eintritt haben. Die Kulturlegi kann in allen Sozialzentren, aber auch bei der Asyl-Organisation beantragt werden, es kommen demzufolge offensichtlich auch Asylanten in den Genuss dieser Subvention. In der Stadt Zürich gibt es soziale Härtefälle, bei welchen eine Subventionierung des kulturellen Angebots angesagt ist. Warum aber alle Sozialhilfeempfänger, inkl. der Asylanten pauschal von diesem Angebot profitieren sollten, ist nicht nachvollziehbar. In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele solcher Kulturlegis wurden in den letzten 5 Jahren abgegeben?
2. An wie viele Asylanten wurde diese Legi in den letzten 5 Jahren abgegeben?
3. Wie viele Eintritte wurden mit der Kulturlegi in den letzten fünf Jahren 'bezahlt'?
4. Welche Kulturinstitute waren davon betroffen?
5. Wie hoch waren die Einnahmehinbussen bei den einzelnen Kulturinstituten in den letzten 5 Jahren?
6. Wie stellt sich der Stadtrat dem Vorwurf, dass mit dieser Kulturlegi Sozialhilfeempfänger, welche pro Monat nachgewiesenermassen bis zu Fr. 6000 Sozialhilfe empfangen, in den unentgeltlichen oder verbilligten Genuss von kulturellen Veranstaltungen gelangen, welche sich eine Familie des Mittelstandes auch nicht leisten kann, da die Eintritte zu hoch sind?“

Die Unterscheidung zwischen *sozialen Härtefällen* und *Sozialhilfeempfängern*, die angeblich keine Härtefälle darstellen, schockiert mich genauso wie die abschätzigste Benennung von Asylsu-

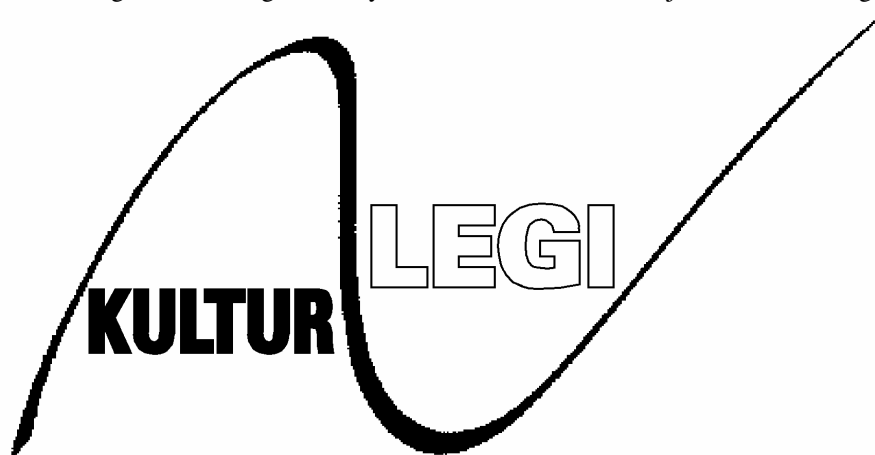
chenden als *Asylanten*. Die Fragestellenden disqualifizieren sich dadurch gleich selber. Andererseits bin auch ich daran interessiert zu erfahren, wo wie viele Eintritte mit der Kulturlegi erfolgt sind. Von *Einnahmehinbussen* wird wohl kaum gesprochen werden können, da durch die Kulturlegi ja eher mehr als weniger Eintritte erwirtschaftet werden und die Auslastung dadurch verbessert wird.

Bisher wird die Kulturlegi in Zürich an alle EinwohnerInnen abgegeben, die vom Sozialdepartement der Stadt Zürich unterstützt werden. Wer mit weniger als dem Existenzminimum auskommt, aber keine Unterstützung bei der Stadt beantragt, bekommt nach heutiger Regelung daher auch keine Kulturlegi. Wir sind mit der Stadt Zürich im Gespräch, um Modalitäten zu entwickeln, die es uns erlauben, allen Armutsbetroffenen in Zürich die Kulturlegi auszustellen. Die bisherigen Verhandlungen scheinen uns sehr erfolgversprechend und wir hoffen auf einen baldigen Durchbruch in dieser Sache.

Wir suchen weitere Angebote für die InhaberInnen der Kulturlegi. Dabei fassen wir den Begriff der Kultur breit und umfassend auf. Zuerst auf der Wunschliste der Armutsbetroffenen stehen nach wie vor Lebensmittel. Sehr gefragt sind aber auch Vergünstigungen zum Mitmachen beim Sport. Vor allem bei kinderreichen Familien verunmöglicht das knappe Budget oft eine Beteiligung der eigenen Kinder am sportlichen Leben der MitschülerInnen. Der dritte Eintrag auf der Wunschliste ist die Vergünstigungen bei der Aus- und Weiterbildung.

www.kulturlegi-zuerich.ch

Beni Müller, Projektleiter Kulturlegi



Verwirklichung der Menschenrechte auch für Armutsbetroffene: Aus dem Jahresbericht der IG Sozialhilfe 2005

Ständig wachsender Druck auf die Armutsbetroffenen durch die neuen SKOS-Richtlinien

Die Idee hinter den neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, die inzwischen den meisten Kantonen als Leitfadendienen, ist die Stimulierung der eigenen Kräfte zur Überwindung der Armut. Dadurch wird aber in Wirklichkeit versucht, die Armutsbetroffenen für die steigenden Sozialausgaben haftbar zu machen, und dafür, dass es immer weniger Arbeitsplätze gibt. Wir erleben in unserer Beratungsarbeit, wie verheerend sich diese zugemutete Neuerung auf Menschen auswirkt, die durch das soziale Netz gefallen sind und eine schwere körperliche und psychische Bürde tragen.

Langzeitbegleitung

Der Kern unserer Arbeit bestand 2005 nach wie vor in der Langzeitbegleitung von über 50 psychisch und körperlich schwer kranken Frauen, Männern und Kindern. Besonders hervorzuheben ist die Betreuung einer randständigen Grossfamilie mit sechs Kindern im Luzernischen, die durch die Hochwasserkatastrophe ihr Heim und damit auch ihre Existenz verlor.

Direkthilfe

Materielle Direkthilfe zur Verbesserung der Lebensqualität gewährten wir nur denjenigen arbeitsunfähigen, mehrfach kranken Armutsbetroffenen, bei denen der materielle Mangel eine Grössenordnung erreichte, in der ein menschenwürdiges Leben ohne diese Unterstützung nach Ausschöpfung aller finanziellen Rechtsansprüche nicht mehr möglich war.

IG Wohnen, das menschenwürdige Wohnen

Die IG Sozialhilfe vermietete acht Wohnungen ausschliesslich an Personen, die von uns sozialmedizinisch und psychologisch begleitet wurden. Zudem übernahmen wir für unsere MieterInnen die persönliche Administration und die

Geldverwaltung, die von ihnen nicht wahrgenommen werden konnte und begleiteten sie bei ihrer persönlichen Terminverwaltung. Die Wohnungsmieten wurden durch Rückzahlungen von Ämtern finanziert.

Öffentlichkeitsarbeit

Über unsere Arbeit wurde in den Medien mehrmals berichtet: In einem Portrait von Charlotte Spindler über unsere Präsidentin Branka Goldstein im Züri-Tipp vom 14. Juli 2005 mit dem Titel: „Ich bin eine Zaunreiterin“ und in einem Interview mit VertreterInnen der IG Sozialhilfe und der Basler Armutskonferenz von unten in der Zeitschrift für Sozialhilfe ZeSo Nr. 3/2005: Armutsbetroffene erheben Einspruch: „Es muss aufhören, dass man uns Steine in den Weg legt“. Wir forderten mehr Mitsprache der Betroffenen bei der Gestaltung der Sozialhilfe.

Wieder wurde die IG-Zeitung auf den Strassen der Deutschschweiz verkauft. Sie ist Sprachrohr der Armutsbetroffenen aber auch eine Einnahmequelle für unsere Arbeit, denn das Verfassen und Korrigieren der Texte erfolgte wie immer ausschliesslich durch unbezahlte Solidaritätsarbeit.

Neuer Internetauftritt nach dem Motto „Baustelle der Unermüdlichen“

Da immer mehr Junge in die Armutsfalle geraten, kommt unserem Internetauftritt als Link zu dieser Generation eine besondere Bedeutung zu. Durch uner müdliche Milizarbeit wurde der vereinigte Webauftritt der IG Sozialhilfe und der Kulturlegi stark ausgebaut: <http://www.ig-sozialhilfe.ch>

Standaktion am Bellevue zur Arbeit der IG Sozialhilfe

Nur meteorologisch betrachtet fiel unsere Standaktion am Zürcher Bellevueplatz buchstäblich vom Regen in die Traufe. Unsere heissen Diskussionen mit Betroffenen, Freunden und Passanten zur sozialen Lage in der Schweiz wurden durch das enge Beieinanderstehen

unter dem Dach des neu renovierten Standes nur verstärkt. Ein furchterregender Totentanz, gespielt vom Basler Armutstribunal, erhöhte die Beachtung unserer Aktion bei den FussgängerInnen wie bei den TramfahrerInnen und war für uns ein Zeichen der Solidarität über die Kantonsgrenzen hinweg. Mit dem Basler Armutstribunal hatten wir schon im Juni in Luzern an einer Veranstaltung zum Thema SKOS erfolgreich zusammengearbeitet. Die von uns immer wieder angeregte Diskussion zum Thema Armut in der Schweiz wurde dann endlich drei Monate später zum Jahresbeginn 2006 auch von den Schweizer Medien in aller Breite aufgenommen.

Solidaritätsparty für die IG Sozialhilfe mit Diskussion über den Sozialabbau

Als etwas spezieller Auftakt zur Adventszeit und zur Speisung unserer Kasse organisierten wir eine Solidaritätsparty, an der wir mit dem Soziologen Kurt Wyss eine spannende Gesprächsrunde zu den tieferen geschichtlichen und wirtschaftlichen Gründen des Sozialabbaus bildeten. Unter den Teilnehmenden waren auch zahlreiche Armutsbetroffene, die ihre Ideen zur Überwindung der Krise beitrugen, ehe wir uns von den DJ's in Trance versetzen liessen.

Ausbau der Kulturlegi

Die Angebotsliste, die wir neu auch auf dem Internet publizieren, weist inzwischen über 100 Einträge mit Angeboten aus Kultur und Sport auf, bei denen die InhaberInnen der Kulturlegi Vergünstigungen erhalten. Pro Jahr werden inzwischen von den Sozialzentren und von der Asylorganisation 1'300 Kulturlegis ausgestellt. Dennoch bleibt die Teilnahme am kulturellen Leben für viele Armutsbetroffene schwierig, weil oft auch die ermässigten Eintritte unbezahlbar bleiben. Der aufreibende Überlebenskampf, die soziale Isolation und vor allem die Scham bewirken eine Absonderung vom gesellschaftlichen Leben (vgl. www.kulturlegi-zuerich.ch und nebenstehenden Artikel). *Branka Goldstein
Beni Müller*

Matronats- und Patronatskomitee der IG Sozialhilfe

Folgende Persönlichkeiten unterstützen die Tätigkeit der IG Sozialhilfe:

Abt Urs, dipl. Psychologe, Maur/ZH * **Altwegg Leni**, Theologin, Zürich * **Baeriswyl Michel**, Dr. phil., Kulturphilosoph, Sozialpsychologe, Zürich * **Bänziger-Müller Suzanne**, Schulleiterin, Rufi/ZH * **Beck-Kadima Muriel**, lic. jur., Juristin, Menschenrechtsbeauftragte, Ipsach/BE * **Bolli Karl**, Dr. med., Niederweningen/ZH * **Bühlmann Cécile**, Nationalrätin, Luzern * **de Baan Verena**, Supervisorin und Organisationsberaterin, Zürich * **Etter Urs**, Dr. theol., Stäfa/ZH * **Furrer Hans**, Dr. phil., Erwachsenenbildner, Boll/BE * **Giovanelli-Blocher Judith**, Sozialarbeiterin/Supervisorin, Biel * **Goll Christine**, Präsidentin VPOD, Nationalrätin, Zürich * **Grünenfelder Rico**, lic. phil I, Soziologe, Informatiker * **Gubser Yasmin**, Rechtsanwältin, Zürich * **Gyr Christian**, Umweltfachmann, dipl. natw. ETH, Basel * **Gurny Ruth**, Prof. Dr., Forschungsleiterin Hochschule für Soziale Arbeit * **Häner Urs**, Leiter Arbeitslosen-Treff, Luzern * **Hanhart Dieter**, Dr. phil., Psychologe, Männedorf/ZH * **Heusser Pierre**, Dr. iur., Rechtsanwalt, Zürich * **Huonker Renata**, lic.phil., Pfarrerin, Zürich * **Huonker Thomas**, Dr. phil., Historiker, Zürich * **Hurni-Caille Louisette**, Vorstandsmitglied der Schweiz. Sektion "Défense des Enfants International" und Mitverfasserin des Berichts "Kindesmisshandlung in der Schweiz" an den Bundesrat, Bern * **Jäggi Christian**, Dr. phil., Ethnologe, Leiter Kommunikationsforschung Meggen/LU * **Jegge Jürg**, Leiter Märtpfplatz, Rorbas/ZH * **Koller Erwin**, Dr. theol., Journalist, Uster * **Mäder Ueli**, Prof. Dr., Soziologe, Basel * **Maggi Bruno**, prakt. Arzt, Zürich * **Meili M.**, Dr. med., Arzt, Zürich * **Mezger Eva**, Journalistin, Zürich * **Müller Beni** Regisseur, Zürich * **Münch Annelies**, Sozialpädagogin, Prof. Fachhochschule für Soziale Arbeit, Basel * **Oertle Daniel**, Dr. med. Zürich * **Prelicz-Huber Katharina**, Dozentin für Soziale Arbeit, Gemeinderätin, Zürich * **Rechsteiner Paul**, Nationalrat, Präsident des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, St. Gallen * **Roth Marianne**, PR Beraterin, Zürich * **Rothen Eduard**, a. Stadtpräsident, a. Nationalrat, Grenchen * **Rumpf Bernhard**, Soziologe, Projektkoordinator, Zürich * **Schaub-Römer Christian**, Dr. med., Zürich * **Schenkel Marianne**, Ärztin, Zürich * **Schibli Franz**, Theologe, St. Gallen * **Schmid Regula**, Pfarrerin, Horgen/ZH * **Schmidlin-Onofri Alois**, dipl. Sozialarbeiter, Schaffhausen * **Schwyn Christine**, lic. Phil., Sozialpsychologin, Zürich * **Seidenberg André**, Dr. med., Zürich * **Seiler Alexander J.**, Dr. phil., Filmautor und Publizist, Zürich * **Spiegel Miriam**, Sozialarbeiterin, Paar- und Familientherapeutin, Zürich * **Spieler Willy**, Redaktor Neue Wege, Zürich * **Spillmann Margrit**, Dr. iur. Juristin, Zürich * **Spörri Dorothea**, Dozentin für Soziale Arbeit, Zürich * **Steiger-Sackmann Sabine**, Rechtsanwältin und Notarin, Olten * **Suter Tabita**, M.A., lic. phil. I, Philologin, Psychologin, Zürich * **Thanei Anita**, lic. iur, Rechtsanwältin, Nationalrätin, Zürich * **Traitler Reinhild**, Dr. phil. I, Zürich * **Tschäppeler Roland**, Betriebsökonom, Fürsorgebehörde Freienbach, Freienbach/SZ * **Vischer Daniel**, Dr. jur., Rechtsanwalt, Kantonsrat, Zürich * **Voss Christine**, lic. phil. I, Redaktorin * **Wagner Antonin**, Professor, Zürich * **Waldburger Samuel**, Pfarrer, Psychoanalytiker, Zürich * **Wallimann Isidor**, Dr. phil., Dozent, Basel * **Weidmann Afra**, Schreibende, Zürich * **Weil Anjuska**, Kindergärtnerin, Alt-Kantonsrätin, Zürich * **Wicki Maja**, Dr. phil., Philosophin, Psychoanalytikerin, Zürich * **Winizki David**, Dr. med., Zürich * **Wirth Peter**, Dr. lic. phil. I, Psychologe, Mörschwil/SG * **Wyss Kurt**, Soziologe, Zürich * **Zanolari Oreste**, pens. Ingenieur, Soziologe, Zürich * **Zurbuchen Christian**, Pfarrer, Horgen/ZH * **Zurbuchen Susi**, Mittelschullehrerin, Horgen/ZH * **Zürrer Bertel**, Musiklehrerin, Zürich * **Zürrer Hansheiri**, Theologe, Zürich.

**Die IG Sozialhilfe ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein,
steht aber klar auf der Seite der Armutsbetroffenen.**

Unterstützt uns politisch und materiell!

**Die IG Sozialhilfe finanziert sich ausschliesslich durch private Unterstützung:
Spenden sind erbeten auf:**

PC 80-47672-7, IG Sozialhilfe, Postfach, 8032 Zürich

Wir haben Steuerbefreiung erlangt: Ihre Spende können Sie von Ihrer Steuerrechnung abziehen!